

## Nun erst recht Auflösung!

Von Victor Schiff

Genf, den 8. September 1924

Die Deutschnationalen haben sich wohl eingebildet, daß die Frage der Reichstagsauflösung endgültig dadurch aus der Welt geschafft wäre, daß sie im rechten Augenblick ihre sogenannte Ueberzeugung samt Ehrenpunkt preisgegeben, oder vielmehr verkauft haben. Es hat den Anschein, als bestehe ein geheimer Pakt zwischen der Regierung, resp. einem Teil der Regierungskoalition und den Deutschnationalen, wonach bei einer deutschnationalen Kapitulation eine Reichstagsauflösung jedenfalls unterbleiben müßte. Bei der Gerissenheit der deutschnationalen Unterhändler und bei der Charakterschwäche maßgebender Elemente in den Regierungsparteien ist eine solche Vereinbarung keineswegs ausgeschlossen, sondern sehr wahrscheinlich.

Aber ganz abgesehen von den innerpolitischen Gründen, die eine Reichstagsauflösung gebieterisch erheischen, ist das schleunige Verschwinden dieser sogenannten Volksvertretung eine außenpolitische Notwendigkeit.

Die französische Verfassung sieht zwar die Möglichkeit einer Auflösung der Deputiertenkammer ausdrücklich vor, aber eine fünfzigjährige Tradition steht der Ausübung dieses Rechtes durch den Präsidenten der Republik im Wege. Und so konnte sich Millebrand auf diese Tradition berufen, als er sich weigerte, die Kammer des Nationalen Blocks aufzulösen, obwohl tausend Symptome längst bewiesen, daß dieses Parlament nicht mehr den Willen des Volkes verkörperte. Die Fortdauer der früheren Kammer erwies sich jedoch als ein Unglück für ganz Europa, nicht zuletzt für Deutschland und für Frankreich selbst. Poincaré konnte bis in das Frühjahr 1924 hinein solange wüten, bis in Deutschland Nationalismus und Kommunismus stark genug waren, um ihrerseits eine vernünftige Außenpolitik zu gefährden. Als am 11. Mai der Umschwung in Frankreich endlich erfolgte, war es um acht Tage zu spät.

Zum Glück gestattet nicht nur die deutsche Reichsverfassung, sondern auch die deutsche parlamentarische Tradition jederzeit eine Auflösung des Reichstags. Das letzte Mal ist sogar von diesem Recht ein im Hinblick auf die bevorstehenden französischen Wahlen höchst unzeitgemäßer Gebrauch gemacht worden. Jetzt liegen aber die Dinge umgekehrt so, daß eine unverzügliche Reichstagsauflösung eine Lebensfrage für das deutsche Volk geworden ist. Man wird nie oft und nachdrücklich genug wiederholen können, daß eine europäische Friedens- und Wiederaufbaupolitik mit einem

Reichstag ohne feste republikanische und friedensfreundliche Mehrheit unmöglich ist. Unter dem jetzigen Stärkeverhältnis der einzelnen Parteien ist ein konsequenter Kurs deutsch-französischer Entspannung und Annäherung undenkbar. Eine einheitliche Linie in der auswärtigen Politik setzt eine feste Mehrheit von Männern voraus, die sich nicht bei jeder Gelegenheit von einem beliebigen Provinzstammtisch „nationaler“ Heimkrieger ins Boxhorn jagen lassen. Schlimm genug, daß Stresemann immer wieder auf die „Stimmungen“ in seiner Partei Rücksicht nehmen muß, die selbst mit Reichslandbund, Stahlhelm, Jungdo und sonstigen Bürgerblock-Blüten verfilzt ist. Wie würde es erst werden, wenn die Deutschnationalen in die Regierung einträten, wovon ja neuerdings als Preis für den Verkauf ihrer Ehrenpunkte bestimmter denn je die Rede ist! Ein Eintritt der Westarp-Partei in das Reichskabinett wäre eine Herausforderung nicht nur der deutschen Demokratie, nicht nur der französischen und englischen Regierungspolitik, sie wäre überhaupt eine Kriegserklärung an den gesunden Menschenverstand der ganzen Welt.

Erst jetzt wieder hat Frankreich seine Poincaré-Müdigkeit mit noch größerer Deutlichkeit bewiesen, als bei dem Wahlumschwung vom 11. Mai. Herriots Gegner in der Kammer sind glatt abgefallen, Poincarés fünfstündige Rechtfertigungsrede hat selbst den Senat nicht zu erwärmen vermocht. Frankreich will die Vergangenheit endlich und endgültig liquidieren. Aber dieser deutsche Reichstag zeigt außenpolitisch und innenpolitisch die umgekehrte Tendenz einer Rückkehr zu dem Schlamm wilhelminisch-ludendorffischer Vergangenheit.

Dieser Reichstag ist aber bereits nach vier Monaten jämmerlicher Existenz längst nicht mehr mit dem deutschen Volke identisch. Auch Deutschland will Frieden und Fortschritt. Und es will sich nicht länger durch das Wallrafsche Irrenhaus entehren lassen, in dem Scholemiten und Wulleaten den Sauherdenton angeben, jede sachliche Arbeit verhindern und jede konsequente Politik durchkreuzen.

Am stärksten empfindet man die Notwendigkeit einer Auflösung des jetzigen Reichstags hier in Genf, wo sich die Staatsmänner und Pressevertreter fast der ganzen Welt zusammengefunden haben. Noch nie ist die Erkenntnis der Notwendigkeit der Teilnahme Deutschlands am Völkerbund so stark gewesen als auf dieser Tagung. Das letzte Hindernis der vergangenen Jahre, der Poincarismus, ist fortgefallen. Allgemein sieht man ein, daß Deutschland nicht mehr Objekt, sondern Subjekt des Völkerbundes sein muß. Durch die bloße Tatsache des weiteren Fernbleibens Deutschlands erhalten alle Fragen, die hier zur Debatte stehen, insbesondere das Abrüstungsproblem, eine Spitze gegen Deutschland, auch dann, wenn diese Absicht den einzelnen Rednern ganz fern liegt. Schließt sich aber Deutschland weiter mutwillig aus der Gemeinschaft des Völkerbundes aus, dann wird sich diese Tendenz ganz automatisch verschärfen; dann werden die künftigen Schicksalsfragen der Völker nicht nur ohne, sondern sogar immer mehr gegen das deutsche Volk entschieden werden.

Das einzige Bedenken, das auch die aufrichtigsten Freunde des deutschen Volkes im Völkerbund gegen den Eintritt Deutschlands hegen, ist unsere ungeklärte innerpolitische Lage. Man möchte nicht, daß die Aufnahme Deutschlands, die in früheren Jahren unter linksstehenden Reichsregierungen nicht ermöglicht wurde, jetzt gewissermaßen als eine Prämie für eine Bürgerblock-Regierung aufgefaßt werde. Hinzu kommt noch folgender Einwand: man betrachtet es zwar als eine Selbstverständlichkeit, daß Deutschland einen Sitz im Völkerbundrat — und zwar einen ständigen — erhalte, aber da die meisten und wichtigsten Beschlüsse des Rates der Einstimmigkeit bedürfen, sieht man mit Sorge der Gefahr entgegen, daß ein Bürgerblock-Deutschland unter nationalistischem Einfluß die Arbeiten des Rates absichtlich sabotiere. Es ist daher ganz ausgeschlossen, daß Deutschland einen ständigen Sitz im Rate erhält, solange auch nur die Möglichkeit einer Rechtsentwicklung in Deutschland besteht. Solange dieser Reichstag am Werke ist, wird Deutschland ein ständiger Völkerbundratsitz glatt verweigert werden. Wie man überhaupt Deutschland gegenwärtig mit kühlem Mißtrauen gegenübersteht und seine Zulassung noch im Laufe dieser Tagung lediglich deshalb wünscht, damit nicht wiederum ein volles Jahr verloren gehe, und weil man hofft, daß durch das Aufgehen Deutschlands in der Völkergemeinschaft die zerstörenden Einflüsse der beiden Extreme zurückgedrängt werden.

So war die Stimmung in Genf bereits vor dem Eintreffen des Briefes von Marx an Herriot und Mac Donald über die Kriegsschuldfrage. Ueber die verheerende Wirkung dieser Nachricht besonders in Genf ist bereits in der Tagespresse ausführlich berichtet worden. Es genügt daher, wenn hier nur folgendes festgestellt wird: zwischen Mac Donald und Herriot war am Freitag nachmittag vereinbart worden, daß in der Sonnabend-Sitzung nacheinander Henderson und Briand das Wort ergreifen sollten, Henderson, um den Wunsch Großbritanniens zu wiederholen, daß Deutschland in den Völkerbund noch in diesem Monat eintrete, Briand, um das Einverständnis Frankreichs in deutlicherer Form zum Ausdruck zu bringen, als es Herriot getan hatte. Die betreffenden Stellen der Rede Herriots, die kühl und fast abweisend geklungen hatten, richteten sich nicht gegen Deutschland, sondern gegen den unvereinbarten Vorstoß Mac Donalds, der so wirken mußte, als ergreife England in dieser Frage die Initiative gegen einen französischen Widerstand. Dieser Widerstand war in Wirklichkeit gar nicht vorhanden, aber da Druck stets Gegendruck erzeugt, hatte Herriots Rede wie eine französische Ablehnung geklungen. Nun sollte dieser rein englisch-französische Zwischenfall durch das vereinbarte Zusammenspiel Henderson-Briand aplanieren und die sofortige Aufnahme Deutschlands ermöglicht werden.

Die erste Wirkung des Marx-Briefes war, daß sich Henderson von der Rednerliste streichen ließ, und wir können noch von Glück reden, daß auch Briand auf das Wort verzichtete, denn die Kriegsschuldrede, die er gehalten hätte, würde wahrscheinlich nicht nur den Eintritt Deutschlands unmöglich gemacht, sondern die gesamten deutsch-französischen Beziehungen erneut zugespitzt haben. Dies-

mal aber hätte die ganze Welt, einschließlich der vernünftigen Leute in Deutschland, erklärt: ausschließlich durch Deutschlands Schuld.

Denjenigen, die sich einbilden, daß England, zumal nach der Rede Mac Donalds, seine Hand dazu bieten würde, die Kriegsschuldfrage der deutschen Reaktion zuliebe aufzurollen, sei gesagt: gerade die englische Delegation hat die Ankündigung von der Notifizierung der Kriegsschulderklärung als einen Wahnsinn empfunden und auf das schärfste dagegen reagiert.

Mac Donald und Herriot haben den beabsichtigten Schritt Deutschlands als eine Illoyalität der Reichsregierung ihnen gegenüber empfunden, nachdem sich Marx und Stresemann wohl gehütet hatten, während der ganzen Londoner Konferenz auch nur eine Andeutung dieser Absicht zu machen. Und welcher objektive Deutsche wird behaupten wollen, daß dieses Verhalten loyal oder auch nur mutig war? Der Reichskanzler selber hat dies am allerbesten empfunden, denn sein Schreiben soll alle Merkmale eines schlechten Gewissens und eines ihm gegen bessere Ueberzeugung aufgezwungenen Schrittes tragen.

So ist innerhalb weniger Stunden unter den Delegierten aller in Genf vertretenen Nationen ein völliger Umschwung eingetreten. Jetzt heißt es allgemein: Ist es überhaupt möglich, mit Deutschland ehrlich und offen zusammenzuarbeiten? Zum Glück ist die Antwort naheliegend: Dieses Deutschland des Bürgerblocks ist nicht das deutsche Volk. Das deutsche Volk will von dieser hinterhältigen und blödsinnigen Bürgerblockdiplomatie auch nichts wissen.

Indessen verkörpern in den Augen der ganzen demokratischen Welt die jeweilige Volksvertretung und die aus ihr hervorgegangene Regierung stets den Willen eines Volkes. So galt unter Poincaré und der Kammer des Nationalen Blocks Frankreich in der ganzen Welt als nationalistisch und imperialistisch, auch dann, als tausend Symptome dafür sprachen, daß das französische Volk längst nicht mehr hinter ihnen stand. Und so gilt auch der jetzige Reichstag als die Verkörperung des Willens des deutschen Volkes. Der Protest aller deutschen Republikaner gegen den deutschnationalen Schildbürgerstreich Stresemanns wird allein und auf die Dauer nicht verhindern können, daß sich ganz Europa wieder gegen uns zusammenschließt.

Vor mehr als zwei Monaten wurde hier bereits die Parole: „Fort mit diesem Reichstag!“ ausgegeben und vor allem mit außenpolitischen Argumenten begründet. Wir schrieben damals u. a.: „Die Deutschnationalen sind eine Pest.“ Die Entwicklung der Dinge hat uns leider nur allzu sehr recht gegeben. Die erste deutschnationale Einwirkung auf die deutsche Außenpolitik hat prompt zu einer moralischen Katastrophe geführt, die um so empörender ist, als sie absolut überflüssig war und lediglich dem Zweck diente, den Deutschnationalen aus ihrem Parteiwirrwarr herauszuhelfen und den Bürgerblock vorzubereiten. Wieviel Katastrophen sollen denn noch mutwillig provoziert werden, ehe man auf diesem verhängnisvollen Weg kehrt macht? Werden die einsichtigen Teile des deutschen Bürgertums wieder einmal zu feige sein, um

die Konsequenzen aus ihren Erkenntnissen zu ziehen? Soll der kapitalistische Egoismus, der an der Aufrechterhaltung dieses Bürgerblock-Reichstags Interesse hat, um die Probleme der Lastenverteilung im arbeiterfeindlichen Sinne zu lösen, den Vorrang haben vor dem offenkundigen nationalen Interesse des deutschen Volkes?

Für alle ehrlichen und wirklich nationalen Deutschen lautet das Gebot der Stunde: Fort mit diesem Reichstag, diesem reaktionären Geschwür an dem überall sonst gesunden Körper des demokratischen Europas! Nun erst recht Auflösung, bevor noch größeres Unheil am deutschen Volke durch deutschnationale und kommunistische Hanswürste angerichtet wird!

## Was wird in Preußen?

Von Borussus

Die große Feldschlacht im Reichstag ist vorbei. Auf der Strecke geblieben ist in der Hauptsache die moralische Reputation und das politische Ansehen der Deutschnationalen Volkspartei, die sich von des letzten Preußenkönigs letztem Finanzminister in eine Situation hat hineinmanövrieren lassen, aus der als einziger Ausweg nur die klägliche Halbierung der Partei bei der Abstimmung blieb. Es sei denn, daß man sich bei Neuwahlen 30 bis 40 Mandate von der Deutschen Volkspartei mit den Wahlgeldern der schwer verärgerten Industrie hätte abjagen lassen. In der Deutschnationalen Volkspartei selbst tobt der Kampf. Diese Partei ist bisher von inneren Krisen fast stets verschont geblieben, aus dem einfachen Grunde, weil starke geistig ringende Kräfte in ihr fast gar nicht vorhanden sind, weil in ihr das robuste Landjunkertum und das politisch und geistig niemals individualistisch, sondern durchaus uniformiert denkende Offiziers-tum die Leitung beherrschen, und weil ferner die Politik der Deutschnationalen Volkspartei bisher stets auf das demagogische Hineinhämmern gewisser leichtverständlicher und faszinierender Schlagworte in die Köpfe einer in ihrem nationalen Ehrgefühl gekränkten, im übrigen aber nicht sehr urteilsreifen Menge bestanden hat. Und weil schließlich und endlich die Partei auch noch niemals in die Notwendigkeit versetzt war, eine wirkliche Verantwortlichkeit zu übernehmen und bei dieser Gelegenheit Verantwortlichkeitsgefühl gegen politisches Demagogentum abwägen zu müssen. Jetzt, bei der ersten Situation, in der die Deutschnationalen zeigen mußten, ob sie imstande seien, neben und außer der Parteipolitik auch Volkspolitik zu machen, brach die Fraktion mitten auseinander, und der radikale Flügel der Parteipresse, voran „Kreuzzeitung“, „Pommersche Tagespost“ und ähnliche Agrarblätter mehr, steht in wütendem Kampfe gegen die „Ja“-sager. Wären diese nicht so klug gewesen — es war wahrscheinlich die *conditio sine qua non* für ihre Abstimmung —, sich auch den Namen des Fürsten Bismarck,

Wallrafs und des Großadmirals v. Tirpitz zu sichern, die alle drei für deutschnationale Parteianhänger doch ganz große Götter des nationalen Olympos sind, so würde wahrscheinlich die radikale Presse noch mit ganz andern Bannflüchen gegen die „Verräter“ arbeiten.

Es ist ungemein interessant, daß ganz langsam und zaghaft in deutschnationalen Kreisen und Blättern das Gefühl durchbricht, als ob trotz gewisser Versprechungen des Zentrums und trotz des unermüdlich fortgesetzten Liebeswerks der Deutschen Volksparteier es mit der Aussicht auf den Bürgerblock und die Ministersitze nichts zu sein scheine. Leise flüstert man sich die bittere Wahrheit zu: „Nous sommes traités, nous sommes vendus.“ Es ist eben unverkennbar, daß das Ansehen der Deutschnationalen Volkspartei durch ihr jämmerliches Intrigenspiel und vor allem durch die die innere Schwäche ihrer Position offenbarende Angst vor den Neuwahlen arg geschwächt worden ist. So, daß auch die bürgerlichen Parteien in den hundert Deutschnationalen nicht mehr ein Furcht und Schrecken erregendes Gespenst sehen, sondern eine verwirrte, uneinige, ratlos durcheinanderwirbelnde Gruppe von Menschen, die auch nur mit Wasser kochen und denen gegenüber man es erst mal „darauf ankommen lassen“ kann.

Von ausschlaggebender Bedeutung ist diese Entwicklung für Preußen. Noch vor ganz kurzer Zeit, bis in die Stunden der Abstimmung im Reichstag hinein, erzählte man sich in den politischen Kreisen, daß der Reichskanzler Marx entschlossen sei, im Oktober zurückzutreten, um den Deutschnationalen das Feld für die Kabinettsneubildung zu überlassen. Die selbstverständliche Schlußfolgerung aber, die jeder politisch Geschulte aus dieser Mitteilung zog, war, daß das auch das Ende der großen Koalition in Preußen bedeuten müsse. Denn darüber hatten die Deutschnationalen niemals einen Zweifel gelassen, daß sie die Mitverantwortung im Reiche nicht übernehmen würden, wenn sie nicht auch die Macht in Preußen erhielten. Was wollen die Deutschnationalen in Preußen? Die Bedeutung einer Beteiligung an der preußischen Regierung liegt auf zwei Gebieten: Einmal handelt es sich um die große, ja entscheidende Macht, die der in der Hand hat, der den preußischen Verwaltungsapparat und die Polizei beherrscht. Es kann heute ruhig und ohne Ueberhebung gesagt werden, daß, wenn nicht etwa die Reichswehr — was unter v. Seeckt nicht anzunehmen ist — sich auf die Seite der Urheber eines Rechtsputsches stellen sollte, die Republik gegen die preußische Schutzpolizei auf gewaltsamem Wege nicht gestürzt werden kann. Das preußische Ministerium des Innern als oberste Instanz der preußischen Schutzpolizei in den Händen Severings bedeutet Sicherung, Konsolidierung der Republik; in den Händen eines v. Lindener-Wildau oder eines

Dryander kann und wird das preußische Innenministerium zum Ausgangspunkt der Gegenrevolution werden. Neben der Polizei ist es der Verwaltungsapparat, der dem Ministerium des Innern eine große Bedeutung gibt: Oberpräsident, Regierungspräsident, Landrat sind die Glieder der Kette der politischen Beamten, durch die die Anordnungen des Innenministers ins Land gehen. Unter diesen politischen Beamten hat in vierjähriger, unendlich mühevoller Arbeit, stets behindert nicht nur durch die deutschnationale Presse und Fraktion, sondern auch durch deutschvolksparteiliche Aengstlichkeit und Engherzigkeit, aber doch mit Elan und mit Erfolgen Severings Personalpolitik denn doch schon sehr erhebliche Bestandsveränderungen erreicht. Nicht einer der alten Oberpräsidenten ist mehr im Amte, und unter den Regierungspräsidenten und Landräten finden wir — wenn auch noch lange nicht in einer der politischen Bedeutung der Sozialdemokratie, des Zentrums und der Demokraten entsprechenden Zahl — doch schon einen sehr erheblichen Prozentsatz überzeugter Republikaner von fachmännischer Ausbildung. Diese ganze Entwicklung würde innerhalb weniger Wochen und Monate rücksichtslos umgedreht werden, sämtliche sozialdemokratischen politischen Beamten zum mindesten würden zur Disposition gestellt werden, wenn deutschnationaler Einfluß sich das preußische Innenministerium dienstbar machen dürfte. Die deutschnationale Fraktion hat oft genug und unverhüllt dies als ihr Programm angekündigt. Aber nicht nur das Innenministerium lockt die Deutschnationalen. Der Posten des Ministerpräsidenten, dessen Inhaber die allgemeinen Richtlinien der preußischen Staatspolitik zu bestimmen hat und dessen Einfluß Otto Braun oft und geschickt genug in Augenblicken verhängnisvollen Schwankens der Reichsregierung in die Wagschale geworfen hat, ist nicht minder ein Preis, von dem es heißt, daß er eine Messe wert sei. Und endlich, neben manch andern noch, ist seit 1918 das preußische Landwirtschaftsministerium Ziel des heißen Sehnsens der „nationalen“ Junker, die gegen die beiden republikanischen Inhaber des Landwirtschaftsministerpostens, erst Otto Braun und dann Wendorff, in erbittertem, zähem, verleumdungsreichem Kampf standen. Die mutige Politik Brauns, der einmal in Weimar erklärte, er sei stolz darauf, das Vertrauen der Millionen Landarbeiter zu besitzen und pfeife darauf, wenn ihn die Agrarier den Minister gegen die Landwirtschaft nennen, die von ihm begonnenen und von Wendorff fortgesetzten — von den von deutschnationaler Seite beherrschten Landlieferungsverbänden allerdings immer wieder zum Teil sabotierten — Bemühungen zur Aufteilung der Latifundien und zur Ansetzung neuer Siedler, — all das und der Wunsch, eine einheitliche Produzentenpolitik vom preußischen Landwirtschaftsministerium aus mit dem Reichsernährungsministerium treiben zu können, läßt es begreiflich erscheinen, daß sich mancher

deutschnationale Agrarierführer in das Haus am Leipziger Platz hineinsehnt, in dessen prächtigem Ministerarbeitszimmer unter dem großen Bilde seines geliebten Nenndorf einst der dicke Podbielski stramm konservative Landwirtschaftspolitik machte.

Und dann die zweite Seite der preußischen Angelegenheit: Heute noch, unter der Herrschaft der großen Koalition, kann Preußen im Reichsrat sehr häufig allzu arge Ausschläge des Reichspolitikpendels nach rechts verhüten. Wenn auch leider oft durch die höchst unglückliche Bestimmung der Reichsverfassung, daß die Hälfte der preußischen Stimmen von den Provinzen selbständig abgegeben werden muß, die preußische Gesamtstimmung sozusagen aufgehoben werden kann, so wird doch das Unglück erst dann da sein, wenn einmal nach dem Eindringen der Deutschnationalen in die preußische Regierung die 13 preußischen Regierungsstimmen zum Reichsrat im Sinne der Rechten instruiert werden und mit der Majorität der Provinzstimmen zusammen in antirepublikanischem Sinne sich auswirken. Das ganze Sehnen der Deutschnationalen, in die preußische Regierung hineinzukommen, wird schon aus der einzigen Tatsache vollkommen klar, daß die 26 preußischen Stimmen plus der einen von Waldeck, die von Preußen geführt wird, zusammen mit den 10 bayerischen genügen, um die Reichsregierung vollkommen zu majorisieren, sehe die Reichsregierung auch aus, wie sie wolle. Denn im Reichsrat wird mit absoluter Majorität entschieden; 34 Stimmen der 66 Gesamtstimmen bilden diese Majorität. Preußen, Waldeck und Bayern zusammen haben bereits 37. Etwaige preußische Provinzialstimmen, die im demokratisch-republikanischen Sinne abgegeben werden, könnten durch die reaktionär regierten kleinen Länder Thüringen, Mecklenburg, Bremen usw. wieder paralysiert werden.

All das Gesagte zeigt die ungeheure politische Gefahr auf, die ein Auseinanderfallen der großen Koalition in Preußen durch die Schuld etwa der Deutschen Volkspartei und eine Wendung des Steuers nach rechts bedeuten würde. Auch die beste Reichsregierung wäre vollkommen hilflos in den Händen der reaktionären preußisch-bayerischen Reichsratsmajorität. Aus Schutzpolizei und politischem Beamtentum flögen die republikanisch Zuverlässigen in weitem Bogen hinaus, und das preußische Landwirtschaftsministerium würde eine neue, nicht sehr gloriose Aera der Knechtung der Landarbeiter und einer reinen Produzentenpolitik auf Kosten der Konsumenten einleiten.

Die einzige Gefahr für die preußische Koalition bestand bisher eigentlich in der geradezu mitleiderweckenden Furcht der Deutschen Volkspartei vor ihren Nachbarn von rechts. Die Volksparteiler wollten mit aller Gewalt noch vor der regulär im kommenden Januar stattfindenden Neuwahl zum Landtag aus der preußischen

Regierung heraus, um dann — eine strafbar naive Anschauung — leichter im Wahlkampf gegen rechts bestehen zu können. Als ob vier Wochen Abstinenz eine vierjährige Mitarbeit in der Koalitionsregierung ungeschehen machen könnten! Jetzt aber sollte selbst die Deutsche Volkspartei eingesehen haben, daß sie sich vor einem Popanz gegrault hat, daß der furchtbare, in schimmernde Wehr gekleidete, erzbewehrte deutschnationale Ritter in Wirklichkeit nur eine Papprüstung trägt und keineswegs unüberwindlich ist. Wenn die Deutsche Volkspartei das wirklich einsieht, und wenn außerdem die preußische Regierung unter Brauns Führung sich in den kommenden Debatten des Landtags über den preußischen Standpunkt zur Getreidezollfrage kein Bein stellen läßt, sondern auf dem Wege fortschreitet, den sie bereits eingeschlagen hat, nämlich der Landwirtschaft durch Erntekredite und ausreichenden billigen Realkredit mehr und Besseres, zugleich volkswirtschaftlich Gesünderes zu bieten, als der, zumal auf Kosten der Konsumenten gehende, Getreidezoll ihnen bieten kann, dann ist keine Gefahr für die große Koalition in Preußen. Dann wird Preußen auch in der kommenden Zeit seine Rolle als Ordnungszelle im Reiche, als Grundstein der Republik und als fester Sturmbock gegen den reaktionären Anprall behaupten.

## Die Fahne der Republik — die Fahne der Partei?

Von Theodor Haubach

Die Arbeiter haben kein Vaterland. Man kann ihnen nicht nehmen, was sie nicht haben. Indem das Proletariat zunächst sich die politische Herrschaft erobert, sich zur nationalen Klasse erheben, sich selbst als Nation konstituieren muß, ist es selbst noch national, wenn auch keineswegs im Sinne der Bourgeoisie.  
(Aus dem „Kommunistischen Manifest.“)

Ein bedeutsames Problem, das mehr und mehr in unserer Partei sichtbar wird, ist durch unsere republikanische Politik aufgeworfen. Man kennt die Alternative: Staatspolitik oder Arbeiterpolitik. Aber es gibt noch eine ganze Reihe weiterer Alternativen, die alle dem gleichen Problem zum Ausdruck dienen: Klassenkampf — Volksgemeinschaft, Internationale — Vaterland, revolutionäre — staatliche Aufgabe. Merkt man, daß dieser Konflikt sehr, sehr ernst ist? Gibt man zu, daß zu seiner Klärung bislang kaum etwas geschehen ist? Empfindet man es mit uns peinlich, daß die praktische Spannung dieses Konflikts (die schon längst und ernstlich vorhanden) noch keine genügende theoretische Bearbeitung gefunden hat?

Es handelt sich auch, wenn man will, um den Konflikt zwischen rechtem und linkem Flügel der S.P.D. Es scheint uns, daß die (für uns wenigstens) unzweifelhaft vorhandene augenblickliche Unsicherheit, ja Unbeholfenheit der Partei durch diesen Konflikt recht eigentlich und zutiefst bestimmt sei. Die Partei steht praktisch am Schnittpunkt der revolutionären und nationalen Kräfte. Sie steht hier praktisch — d. h. nicht mit Wissen und Willen, sondern durch eine wahrhaft zwangsläufige Entwicklung getrieben —, und dieser Standpunkt bereitet ihr viele Ver-

legenheit. Und doch, so scheint uns, dürften von diesem Standpunkt aus geradezu ungeheure Chancen für die Partei gegeben sein, falls sie nicht nur faktisch, sondern wesentlich-willentlich und mit aller (ihr ehemals gewohnter) theoretischer Präzision diesen Standpunkt wählt und hält.

Es ist hier nicht der Ort, die hier angeregte theoretische Bearbeitung in Bausch und Bogen zu leisten. Nur im Sinne einer Einleitung und Vorbereitung wollen nachfolgende Ausführungen verstanden werden. Zunächst: ein großer Teil der angedeuteten Schwierigkeiten stammt aus der Gewohnheit, Alternativen (siehe oben) antithetisch zu fassen und innerhalb dieser Antithesen nach dem Satze vom Widerspruch zu entscheiden. Das aber bedeutet eine ungeheuerliche Verderbnis der marxistischen Denkvorsetzungen, wie sie in der Hegelschen Dialektik gegeben sind. Hegels enorme Leistung besteht ja in der Kritik des abstrakten Satzes vom Widerspruch, besteht ja in dem Nachweis, daß der Widerspruch den widersprochenen Satz nicht vernichtet, sondern ergänzt. Die Dialektik besteht doch in der Ausnutzung des Widerspruchs als dem eigentlich schöpferischen Vehikel des Denkens. Wenn man uns zugeben will, daß der eigentliche und letzte Sinn der marxistischen Soziologie in der Ausnutzung der Dialektik für das soziologische Denken liegt, dann muß man auch zugeben, daß antithetische Formulierungen wie „Entweder Klasse oder Staat“, „Entweder Internationale oder Volk“ im methodischen Sinn des Marxismus einfach falsch sind. Zudem handelt es sich bei diesen auf die Kante gestellten Fragen gar nicht um reine Antithesen, die nach dem Schema des „Entweder—Oder“ nicht gelöst, sondern nur entschieden werden können. Die soziologische Realität des Volkes gehört einer begrifflich viel höheren und komplexeren Ordnung an als die soziologische Realität der Klasse. Einfacher ausgedrückt: Man kann nicht, wie es heute wohl weite Kreise unseres linken Flügels möchten, sagen, daß bei der zugegebenen Realität der Klasse (zum mindesten der proletarischen Klasse) mit einer politisch relevanten Realität des „Volkes“ nicht gesprochen werden könne. Oder umgekehrt, wie es wohl wiederum weite Kreise unseres rechten Flügels mehr oder weniger bewußt möchten, kann man nicht sagen, daß die Realität des Volkes die Realität der Klasse aufhebe oder mildere. Das Volk, jedes Volk ist in Klassen, Schichten und Gruppen gegliedert, die unter sich wieder verbunden sind. Die reine Betrachtung kann hier keine Widersprüche mit ausschließender Wirkung entdecken. Konflikte entstehen erst drastisch bei der politischen Willensbildung. Eine Theorie, die hier klärend eingreifen soll, hat nun zunächst die Begriffe von Klasse, Volk, Staat, Internationale einer gehörigen kritischen Durchsicht zu unterziehen. Sie hat die oben erwähnten andauernd irreführenden Antithesen als die Spannungen zwischen allgemeineren und mehr besonderen Ordnungsresten aufzuklären. Sie hat an Stelle der verloren gegangenen vollen Identität zwischen Klasse und politischer Partei eine exakte Darstellung der Beziehungen und Unterschiede zu geben. Sie hat das Verhältnis zwischen soziologischer und politischer Betrachtungsweise neu zu klären und der andauernden scheußlichen Vermischung beider ein Ende zu machen.

Wir wollen an dieser Stelle solche theoretische Arbeit nur fordern, nicht leisten. Wir setzen dafür ganz abgekürzt und nur behauptend folgende Feststellungen. Die Arbeiterschaft aller Länder wird im Verlaufe ihres kämpferisch durchgeführten Aufstiegs nationalisiert. Auf ihrer untersten Stufe, wo sie, reine, unterdrückte Klasse, ohne Bewußtsein von ihrer Lage, auf Druck nur instinktivisch dumpf reagiert — hat sie kein Vaterland. In dieser Lage sind nationale Merkmale, wie Sprache, körperlicher Typus, rein äußerlich und zufällig. Wenn sie aber, politisch organisiert, den Kampf gegen ihre Unterdrücker beginnt, richtet sich ihr Blick auf die konkreten Situationen ihres Landes. Sie nimmt sich bei dieser politischen Organisation ein ganz allgemeines Ziel oder, besser,

eine regulative Idee: den Sozialismus. Sie verfolgt dieses Ziel, sie will es verwirklichen. Verwirklichen nicht irgendwo, nicht im leeren Raum, nicht in Lappland oder China, sondern in ihrem eigenen Land. Sie beginnt also mit der Erfahrung, daß es ein „eigenes Land“ gibt. Sie, die kein Vaterland hatte, beginnt es zu betreten, zu erobern. Das zu Anfang durchaus vaterlandslose Proletariat beginnt, national gegliedert, sich sein jeweiliges Vaterland zu erobern. Und je mehr es sich Einfluß verschafft, Rechte erobert, sein soziologisches Gewicht in politisches Gewicht umwandelt — je mehr wird es nationalisiert, je mehr wird es national. Mit der Eroberung von Rechten fing es an. Mit der Ableistung nationaler Pflichten hört es konsequenterweise auf. (Damit ist gar nicht ein Hereinfallen auf angeblich nationale Pflichten gepriesen.) Die politisch organisierte Arbeiterschaft wird von einem bestimmten Moment ihres Aufstiegs an zur Sachwalterin der gesamten nationalen Gesellschaft. Sie wird bei siegreicher Durchführung dieses Prozesses „die“ nationale Klasse — wenn auch keineswegs im Sinne der Bourgeoisie. Hier ist der Moment, auf die ungeheure theoretische Tragweite jenes Zitats aus dem Kommunistischen Manifest hinzuweisen, das wir diesem Aufsatz vorangesetzt haben. Man muß erkennen, wie dieser Marxsche Satz von gerade unerhörter Fruchtbarkeit für unsere jetzige Lage ist. Was wir an anderer Stelle formulierten: „Die Sozialdemokratie am Schnittpunkt der revolutionären und nationalen Kräfte“ — ist hier auf andere Weise schon vorweg gesagt. Die Arbeiterschaft wird zur nationalen Klasse — „wenn auch keineswegs im Sinne der Bourgeoisie“. Dieser Nachsatz ist von besonderer Bedeutung. Das Nationale wird nicht einfach übernommen und nachgemacht — es selbst wird Objekt des revolutionären Prozesses. Damit verliert dieser Prozeß seinen bloß ökonomischen und politischen Charakter. Er wird revolutionär im ganz universalen, also geistigen Sinne. Er frißt Schlacken und Staub, vernichtet Verzerrung und Entartung, er drängt zurück auf die göttliche Reinheit des Urbildes, er stößt durch alle Materialisationen hindurch auf die Idee selbst. Der bedeutende Schilderer Nietzsches, Ernst Bertram, hat das tiefste Wesen der Revolution dahin beschrieben, daß ihr Haß und Abscheu allem Verzerrten, Verderbten und Entarteten gelte, ihre letzte Ehrfurcht aber (oft uneingestanden und dumpf) den ewigen Normen. Eben darum handelt es sich hier. Das Nationalwerden des Sozialismus bedeutet, daß er das Nationale revolutionäre, bedeutet also, daß er es in seiner ungeheuren jetzigen Verderbnis vernichte, um es durch einen heroischen Vorstoß in das Herz seiner Idee verjüngt zu verlebendigen. Damit bekommt die ökonomisch-politische Revolution der sozialistischen Bewegung den Anschluß an jenen revolutionären Kampf, den die beste deutsche Jugend (mehr oder weniger sicher und glücklich freilich) um die Läuterung und Neuverwirklichung des nationalen Gedankens kämpft.

Und was ist mit der Internationale? Sie ist zu Anfang der Arbeiterbewegung Ausdruck der dumpfen, unterschiedslosen Homogenität des durchaus vaterlandslosen, vaterlandsberaubten Proletariats. Sie wird dann, bei fortschreitender Eroberung der Vaterländer durch die nationalen Arbeitergruppen, Ausdruck der Homogenität der Bewegung — sie erhebt sich von einer soziologischen Tatsache zum organisatorischen Instrument, das erst noch dumpf mehr mit Resolutionen das Gefühl, später aber mit Direktiven den politischen Willen aller tatsächlich in gleicher Richtung marschierenden Arbeitergruppen in Bewegung bringt. Gar nicht zu denken, daß sie abstürbe. Im Gegenteil! Sie steigert ihre organisatorische Aufgabe geradezu funktionell mit der nationalen Differenzierung der „Arbeiterschaften“. Sie wird sozusagen politisches Clearinghouse, politische Gleichrichterstation. Ihre Aufgaben in diesem Sinne wachsen sogar stündlich. Der nationalen Differenzierung der Arbeiterschaften entspricht eine integrierende Bewegung der Nationen selbst. Die revolutionär um-

geschmolzene Nationalität drängt auf Rückeinordnung in die nächst höheren Gruppen. Europas Völker, gerade wenn sie im Nationalen neu bestimmt und sicher sind, beginnen wieder europäische Glieder zu werden. Und diese Bewegung wird von den national gewordenen Arbeitergruppen geführt. Die Rolle der Internationale hört dann auf, bloß allegorisch zu sein. Die Rolle der Internationale wird strategisch führend, sie wird schiedsrichterlich und konstruktiv für die sich neubildende übernationale Gruppierung der Nationen.

An der Spitze dieses Aufsatzes steht die Frage nach der Flagge. Flaggen sind mehr als optische Unterscheidungszeichen, sind Symbole, d. h. sichtbar werdender Sinn. Man soll sie sehr ernst nehmen. Gerade wir deutsche Sozialisten und Republikaner haben aus bitteren Erfahrungen heraus allen Grund, dies zu betonen. Wir glaubten, die Macht der politischen Symbole, die Macht der sichtbaren Außenseite vernachlässigen zu dürfen. Wir überließen diese Dinge unsern Gegnern, und unsere Gegner, als alte politische Medizinmänner wohl vertraut mit diesem Zauber, haben daraus eine furchtbare Waffe gegen uns gemacht. Wir werden also (hoffentlich) jetzt wissen, daß die Frage der Flagge für die Partei mehr ist als eine Spielerei. Nun liegen die Dinge so: Ein Teil der Partei beginnt die schwarz-rot-goldene Flagge zu zeigen. Man beruft sich dabei mit Recht darauf, daß die republikanische Staatspolitik für die deutsche Partei gerade zu einem Eckpfeiler für jedes zukünftige Gebäude geworden sei. Man wird aus obigen Ausführungen entnommen haben, daß uns diese Auffassung auch im marxistischen Sinn konsequent und notwendig erscheint. Die Partei muß in einem bestimmten geschichtlichen Moment selbst Staatspartei werden. Die heutige Situation ist dafür von außerordentlicher Gunst. Die Republik wird dem gehören, der sie durchsetzt. Der Kampf für diese ist durchaus der Kampf für die Eroberung der gesellschaftlichen und politischen Macht. Es ist im sozialistischen Sinne konsequent, die Farbe des neuen deutschen Staates zu zeigen. Und doch kann und darf die rote Fahne darüber nicht fallen. Wir haben uns bemüht, zu zeigen, daß die „Nationalisierung“ nicht das Ende, sondern die Vorbereitung des von uns zu führenden revolutionären Prozesses ist. Das Nationale wird Gegenstand der Revolution, wird geläutert, wird neu verwirklicht. Wenn die rote Fahne das Symbol der Revolution ist, so widerspricht sie nicht der nationalen Flagge des neuen Deutschlands. Aber die rote Fahne ist auch das Zeichen der Internationale. Da müssen wir daran erinnern, was wir oben über die Internationale sagten. Die Internationale, so sagten wir, stirbt nicht bei der fortschreitenden nationalen Differenzierung der Arbeiterschaften aller Länder, sondern sie steigert ihre organisatorische Bedeutung. Sie organisiert die Integration der neu gewonnenen Gruppierungen. Die rote Fahne als Symbol der Internationale widerspricht nicht der nationalen Flagge des neuen Deutschlands. Darum sagen wir: Die Fahne unserer Partei muß zeigen, daß wir am Schnittpunkt der revolutionären und nationalen Kräfte stehen. Sie muß optisch demonstrieren, wie das Verhältnis zu Revolution und Internationale einerseits, zu Volk und Staat andererseits sich darstellt. Beide Seiten dieser Alternative stehen ja nicht im Verhältnis der sich in sich vernichtenden Antithese. Beide Seiten dieser Alternative stehen im Verhältnis des Allgemeinen zum Besondern, im Verhältnis der höheren und abstrakteren Ordnung zur engeren und konkreteren Ordnung. Daher zeige unsere Flagge den großen roten Grund und bezeichne damit die zwar abstrakte, aber hohe Allgemeinheit des revolutionären und internationalen Gedankens, und sie zeige auf diesem Grund die nationalen Farben des neuen Deutschlands und bezeichne damit die zwar engere, aber konkrete deutsche Aufgabe der deutschen Sozialisten.

## Der wirtschaftliche Inhalt des Londoner Paktes<sup>\*)</sup>

Von Dr. C. Mierendorff

### 3. Die wirtschaftliche Räumung.

Anlage III des Londoner Schlußprotokolls enthält das eigentliche Abkommen zwischen den Alliierten und Deutschland (ihm folgt als letzte Anlage das Abkommen zwischen den Alliierten). Es enthält die Bestimmungen über die Uebergangsmaßnahmen, die getroffen werden mußten, um reibungslos vom gegenwärtigen Zustand auf die Basis des Dawes-Planes hinüberzukommen. Es regelt die sog. wirtschaftliche Räumung. Die ursprünglich darin festgelegten Termine, erstes vorgesehene Datum war der 15. August, werden (da die Konferenz erst am 16. August ihren Abschluß fand) gemäß dem Vermerk im Schlußprotokoll selbst um jeweils 17 Tage hinausgeschoben, so daß der erste Termin auf den 1. September fällt.

Die wirtschaftliche Räumung ist als eine Art Zug-um-Zug-Geschäft genau gegliedert. Am 1. September spätestens soll die Reparationskommission die Publikation der erforderlichen Gesetze und den Beginn der Tätigkeit des Generalagenten für Reparationszahlungen feststellen. (Sogenannte „erste Feststellung“.) Sodann erfolgt:

Am 9. September Beendigung der Zollerhebungen an der Ostgrenze des besetzten Gebietes (gegen das unbesetzte Deutschland hin).

Am 21. September (wenn möglich früher) Einschränkung (!) der Hemmungen des Personen-, Güter- und Wagenverkehrs besonders zwischen dem besetzten und unbesetzten Deutschland. Beseitigung der östlichen Zollgrenze. Von jetzt an Erhebungen jeder Art (Steuern, Abgaben, auch im Außenhandel) auf Grund der deutschen Tarife und Gesetze, ausgenommen Eisenbahnregie, die ihre Tarife noch beibehält.

Am 7. Oktober erfolgt die „zweite Feststellung“ der Reparationskommission. Sie betrifft:

1. Die Einsetzung der Ausführungs- und Ueberwachungsorgane, die im Dawes-Plan vorgesehen sind.
2. Die endgültige Errichtung der Bank und der deutschen Reichsbahngesellschaft.
3. Die Uebergabe der Eisenbahn- und Industrieschuldverschreibungen an die Treuhänder.
4. Den Abschluß von Verträgen, welche die Zeichnung der Anleihe gewährleisten.

(Der Termin dieser zweiten Feststellung kann unter Umständen vorgezogen oder hinausgeschoben werden.)

<sup>\*)</sup> In der vorigen Abhandlung über die Sachlieferungen ist bezüglich der Farbstofflieferungen ein Irrtum enthalten. Am 15. August 1928 enden für die Farbstofflieferungen nur die besonderen Bestimmungen betr. Schiedsverfahren und Garantieleistung seitens der deutschen Regierung. Die Verpflichtung zu Farbstofflieferungen an sich bleibt bestehen. Ueber Maßnahmen im Fall von Konflikten fehlen allerdings Bestimmungen.

Innerhalb 14 Tagen nach dieser zweiten Feststellung, d. h. bis 22. Oktober, muß von Belgien und Frankreich laut Verpflichtung das Programm für die Wiederherstellung der wirtschaftlichen (und fiskalischen) Einheit Deutschlands durchgeführt werden. Gleichzeitig erfolgt noch an demselben Termin (7. Oktober) nach dieser zweiten Feststellung die Uebertragung der gesamten bisherigen Reichsbahnstrecken (unbesetztes Gebiet) an die neue Gesellschaft.

Das Programm der Wiederherstellung der wirtschaftlichen (und fiskalischen) Einheit Deutschlands, die wirtschaftliche Räumung im engeren Sinne, enthält folgende Punkte:

1. Beseitigung aller Beschränkungen der wirtschaftlichen und fiskalischen Gesetzgebung seit dem 11. Januar 1923; Wiedereinsetzung der deutschen Behörden in ihre vollen Befugnisse (Zoll- und Finanzverwaltung, Außenhandel, Forsten, Eisenbahnen).
2. Rückgabe aller in Regie genommenen oder gepachteten Betriebe (Bergwerke, Kokereien, Industrie-, Landwirtschafts-, Forstwirtschafts- und Schiffahrtsunternehmungen).
3. Zurückziehung der Micum.
4. Beseitigung der Beschränkungen des Personen-, Güter- und Wagenverkehrs, soweit sie das Rheinlandabkommen überschneiden.

Am 22. Oktober stellt die Reparationskommission fest, ob dieses Räumungsprogramm „voll ausgeführt“ ist.

Am 22. Oktober, nicht später als an diesem Tage, soll der Dawes-Plan voll in Gang gesetzt sein.

Gleichzeitig übernimmt das Eisenbahnorganisationskomitee „für Rechnung der neuen Gesellschaft“ den Betrieb der Regiestrecken.

Am 17. Dezember Beendigung der tatsächlichen Uebergabe der Regiestrecken an die Gesellschaft, die Schritt vor Schritt gemäß besonderer Vereinbarung geschehen soll.

In diese Räumungsphasen sind verschiedene Zahlungstermine für die deutsche Regierung eingegliedert. Die Zahlungen gehen an den Generalagenten. Sie belaufen sich während der Uebergangsperiode (35 Tage) auf monatlich ein Zwölftel der ersten Jahresleistung zuzüglich monatlich 2 Goldmillionen (Deckung der Erhebungskosten der nach dem 1. September noch für deutsche Rechnung erhobenen Steuern und Abgaben). Danach zahlt Deutschland am 1. September 20 Goldmillionen. Die monatlichen Zahlungen erfolgen alle in Abständen von 10 Tagen und betragen monatlich 83 Goldmillionen, abzüglich des monatlichen Betrags der englischen Ausfuhrabgabe (Recovery-Act), Besatzungskosten usw. Sie dienen der Sicherung der Sachlieferungen während der Uebergangsperiode. Sie werden à conto der Anleihe gezahlt, d. h. nach Emission der Anleihe der deutschen Regierung zurückgestellt. (Vorausgesetzt, daß die deutsche Regierung ihre Zahlungsfristen eingehalten hat.) Andererseits zahlt die französische und belgische Regierung — erstmalig am 11. September — die Einnahmen aus den

von ihnen erhobenen Steuern und Abgaben einschließlich des Reingewinns aus der Regiebahn (abzüglich 2 Goldmillionen Erhebungskosten). Empfänger ist der Generalagent für Reparationszahlungen. Diese Zahlungen endigen mit der Uebergangsperiode, am 7. Oktober, bzw. dem Tag der Wiedereinsetzung der deutschen Verwaltungsbehörden (spätestens 22. Oktober).

Was die Räumung der Zone Dortmund-Hörde betrifft, so erfolgt die Anordnung dazu vereinbarungsgemäß am 1. September. Die Räumung selbst aber vollzieht sich im Tempo der wirtschaftlichen Räumung, endet also spätestens am 22. Oktober.

## Die neue Aera der Handelsverträge

Von Arthur Saturnus

Mit dem gegenwärtig heiß umstrittenen deutsch-spanischen Handelsvertrag hat für Deutschland eine neue Aera der Handelspolitik begonnen, die sich von allen früheren gleichartigen Perioden grundsätzlich unterscheidet. Das Deutschland von 1871 stand zunächst ganz im Zeichen des Freihandels. Weltwirtschaftliche Komplikationen, besonders das massenhafte Auftauchen billigen amerikanischen und russischen Getreides leitete dann die Bismarcksche Schutzzollpolitik ein, die durchaus innenpolitisch und binnenwirtschaftlich eingestellt war, nur autonome Zölle brachte und zollpolitische Zugeständnisse an das Ausland nicht kannte. Das jetzt wieder aufgewärmte Schlagwort vom „Schutz der nationalen Arbeit“ beherrschte damals die öffentliche Diskussion. Die innere Auflehnung der Feudalaristokratie gegen die wachsende Macht der industriellen Bourgeoisie paarte sich mit dem Wunsche der durch Rohstoffversorgung zwar monopolartig gesicherten, aber im Konkurrenzkampf mit dem überlegenen England noch schwachen Eisenindustrie nach Schutz gegen den Wettkampf mit dem Ausland. Als die Aera der Caprivischen Handelsverträge einsetzte, lebte der Kampf von neuem auf. Ausländische Gegenmaßnahmen und besonders der Abfall der Napoleonischen Handelsverträge, dazu das mit der Erstarkung der deutschen Industrie gewachsene Bedürfnis nach Absatz im Auslande — das alles erzwang die Umstellung der deutschen Handelspolitik von der selbstherrlichen zur gebundenen Zollpolitik, von der Autarkie, der Selbstgenügsamkeit, zur Verständigung mit den Staaten, auf die man im Warenbezug und Warenabsatz angewiesen war. Als nach Ablauf der von Caprivi abgeschlossenen Handelsverträge die Bülow'sche Zolltarifreform erfolgte, hatte die Gegenaktion gegen die nach Meinung der Interessenten allzu weit gehenden Zugeständnisse Deutschlands an seine Vertragsgegner bereits ihre Früchte gezeigt. Zwar bekannte man sich grundsätzlich zur Fortführung der Handelspolitik. Gleichzeitig wurden aber die Zollsätze für wichtige Lebensmittel erhöht, der industrielle Zollschutz ausgebaut. Damit setzte sich die neumerkantilistische Richtung durch; der Bülowtarif war ein Kompromiß von freihändlerischen und schutzzöllnerischen Bestrebungen, dessen Charakter letzten Endes durch die Vormachtstellung der agrarischen und industriellen Reaktion in Deutschland bestimmt war und das außenhandelspolitische Zugeständnisse nur machte, wo diese sich mit der Gesamtrichtung protektionistischer Wirtschaftspolitik vertrugen.

Der Krieg zerriß das Netz der Handelsverträge. Die Handelspolitik Deutschlands nach dem Kriege war ein Torso. Dem Reiche, das im Versailler Vertrag die Verpflichtung zu einseitiger Meistbegünstigung an die Ententestaaten eingehen mußte, fehlte die Möglich-



keit einer Wahrung seiner handelspolitischen Rechte. Die Besetzung des Ruhrgebiets zerschlug vollends die wirtschaftliche Einheit des deutschen Zollgebiets. Zum anderen zwang aber die Rücksicht auf den Währungsverfall und die daraus entspringenden Gefahren für die deutsche Handelsbilanz zu polizeilich wirkenden Schutzbestimmungen, Ein- und Ausfuhrbeschränkungen und ähnlichen Maßnahmen, die mit dem Wesen einer auf Gegenseitigkeit gestellten Vertragspolitik nicht zu vereinbaren war. Trotzdem kam es zu einer Reihe von Handelsabkommen verschiedener Art. Diese waren jedoch mehr Freundschaftsverträge und Abmachungen über die Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen, die obendrein kurzfristig kündbar sind. Zollbindungen enthielten sie nicht. Auch der deutsch-amerikanische Handelsvertrag, der am 8. Dezember 1923 abgeschlossen wurde, ist, obwohl auf längere Fristen berechnet, nur ein Meistbegünstigungsvertrag, der keine Zollbindungen enthält. Der eingangs erwähnte deutsch-spanische Handelsvertrag steht bereits im Zeichen der am 10. Januar kommenden Jahres wieder beginnenden Selbständigkeit Deutschlands. Mit diesem Datum tritt die Meistbegünstigungsklausel des Versailler Diktats außer Kraft. Noch ehe die Frist abgelaufen ist, bemühen sich die Fremdstaaten, ihre Forderungen anzumelden und Verhandlungen für neue Vertragsabschlüsse einzuleiten. In diesen Tagen beginnen die Besprechungen zwischen Deutschland auf der einen, und Frankreich, sowie Belgien und Luxemburg auf der anderen Seite. Vorarbeiten für Handelsverträge mit einer Reihe von anderen Ländern sind, wie man weiß, schon seit längerer Zeit im Gange. Innenpolitisch hat die Reichsregierung den Verhandlungen dadurch vorarbeiten zu müssen geglaubt, daß sie in der bekannten Zollvorlage die Ermächtigung verlangte, auf dem Wege der vereinfachten Gesetzgebung einzelne Zollpositionen zu erhöhen. Dieser Versuch, die parlamentarische Mitarbeit bei der Schaffung der Voraussetzungen für Handelsverträge weitgehend zu beschränken, erinnert peinlich an jene Behandlung des Bülow'schen Zolltarifs, die auf die Wünsche der Minderheit keine Rücksicht nahm und selbst vor Geschäftsordnungsbrüchen nicht zurückschreckte. Denn darüber kann es heute keine Unklarheit geben: die große Linie der kommenden Handelsvertragspolitik festzustellen, darf weder der Regierungsbürokratie noch dem Interessentenschacher überlassen bleiben. Dazu ist die Aufgabe, die in der Zolltarifreform gestellt ist, zu groß und zu entscheidend für die gesamte Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik der nächsten Jahrzehnte. In dem Problem der Handelspolitik scheiden sich nicht nur die Geister der Vertreter von Konsumenten- und Produzenteninteressen, auf seiner Lösung beruht auch zu einem wesentlichen Teil die Lastenverteilung aus dem Dawes-Plan, durch sie wird die Frage des Achtstundentages wie die Richtung der kommenden Industrie- und Agrarpolitik vorweg bestimmt.

Das ist der große Unterschied aller Handelsverträge, die vor dem Kriege abgeschlossen wurden und denen, die jetzt zur Diskussion stehen. Damals blieb trotz der unerhörten technischen und gesellschaftlichen Neubildung auf allen Gebieten der Wirtschaft ein Faktor der Handelspolitik durch Menschenalter hindurch unverändert: Deutschlands Stellung als Industrieland war durch seine Rohstoffgebiete, seine Verkehrslage und den Stand seiner Produktion vorgezeichnet, seine Produktionsbedingungen blieben die gleichen. Heute dagegen kennen wir infolge der nationalen und internationalen Kriegsnachwirkungen weder den tatsächlichen Leistungsgrad der eigenen Produktion noch die Stellung, die die deutsche Wirtschaft selbst bei planmäßig angestrebter Arbeitsleistung im Wettkampf der Welthandelsstaaten einzunehmen vermag. Nach 1870 mochte die Förderung der Großlandwirtschaft die Begünstigung der Rohstoffindustrie, der Kartellbildung, der Schiffahrt ihren

klaren Sinn haben. Heute ist nicht nur die Rohstoffbasis der deutschen Industrie erschüttert, auch das Verhältnis der Bedarfsgebiete für deutsche Waren zum deutschen Erzeuger ist ein wesentlich anderes als vor dem Kriege. Rings um unsere Landesgrenzen sind neue Staatengebilde entstanden, deren Volkswirtschaft erst noch im Werden ist und zum Teil noch die Schwierigkeiten einer Umstellungskrise zu überwinden hat, deren Bedeutung für den deutschen Absatz aber außer jeder Frage steht, wenn man sich daran erinnert, daß bis zum Kriege rund drei Viertel unserer Warenausfuhr nach europäischen Ländern und mehr als die Hälfte der eingeführten Waren aus europäischen Ländern kam. Das sind sehr hohe Prozentsätze, auch wenn man berücksichtigt, daß ein Teil der Ex- und Importstaaten nicht unmittelbare Nehmer und Geber des deutschen Außenhandels waren, sondern — wie England und Holland — oft Mittler des Warenverkehrs von und zu fernen Kontinenten. Die Intensität des Außenhandels nimmt eben trotz allen Strebens nach entlegenen Märkten ab mit wachsender Entfernung. Das ist selbst nach dem Kriege nicht wesentlich anders geworden. Im ersten Halbjahr 1924 bezog Deutschland — das besetzte Gebiet ist in dieser Statistik nur unzulänglich erfaßt — 54,8 Prozent seiner Einfuhr aus europäischen Staaten und sandte 76,2 Prozent seiner Waren in solche Länder. Auch die Gestaltung der Handelsverträge vor dem Kriege zeigt klar die Bedeutung der Nahstaaten für den Außenhandel: von den 11 Staaten, mit denen Deutschland langfristige Handelsverträge unter Zollbindungen eingegangen war, ist nur ein einziger, Japan, Ueberseestaat. Es waren die nahegelegenen europäischen Länder, die das stärkste Interesse an vertraglichen Bindungen der Zölle, und damit des Außenhandels überhaupt, zeigten. Diese Tendenz wäre noch deutlicher, wenn nicht in den kürzer befristeten Meistbegünstigungsabkommen, die mit der Mehrzahl der Welthandelsstaaten bestanden, der Weg zum Genuß niedriger Zollpositionen und zu den Außenhandelserleichterungen ein zu müheloser gewesen wäre und manchem Staate, der sonst engere Handelsbeziehungen mit Deutschland suchte, das Interesse an langfristigen Verträgen genommen hätte.

Jedenfalls bringt bereits die wirtschaftsgeographische Neugestaltung Europas der deutschen Handelspolitik Aufgaben von unerhörter Tragweite. Unser Verlust an Eisenerzen (74,6 Proz. der Erzeugung), an Zinkerzen (61,3 Proz. der Erzeugung), die Vernichtung des deutschen Kalimonopols durch die Abtretung Elsaß-Lothringens sind schwere Wunden an einem Wirtschaftskörper, der früher in der Rohstoffgewinnung und Verarbeitung wichtigste Betätigungsfelder sah. Die rasche Umstellung auf andere Arbeitsgebiete, selbst wenn sie mit größter Energie betrieben wird, ist ohne Verluste an Kapital und Arbeitsmöglichkeit kaum denkbar. Je mehr man sich bemüht, die alte Produktionsbasis aufrechtzuerhalten, um so stärker ist das Bedürfnis Deutschlands nach freundschaftlichen Beziehungen zum Ausland. Weitere Gründe zwingen zu gleichem Streben. Die Steigerung unseres Exports auf das Doppelte bis Dreifache gegenwärtigen Standes ist eine Lebensfrage für das deutsche Volk, eine Vorbedingung für die Erfüllung der im Londoner Vertrag neueregelten Reparationspflichten und damit für die Wiedererlangung voller ökonomischer und politischer Freiheit in absehbarer Zeit. Die Entfaltung des Exportes stößt aber auf schwerste Hemmnisse infolge der Zollschranken, die in den meisten Staaten zur Abwehr des Valutawirrwars und im Kampfe gegen die Welthandelskrise nach Kriegsende entstanden sind. Die Abtragung dieser Zollschranken wird nur möglich sein, wenn Deutschland grundsätzlich bereit ist, für die seinem Warenexport gewährten Erleichterungen auch Zugeständnisse in der Behandlung fremder Waren beim Eintritt in deutsches Gebiet zu machen. Dieser Wille muß weithin sichtbar werden,

wenn er auf andere Völker wirken soll. Nicht zu vergessen ist, daß auch die Rücksicht auf die durch das Friedensdiktat zu Ausländern gewordenen Deutschen eine freihändlerisch orientierte Handelspolitik notwendig macht. Man denke nur an Oberschlesien. Hier ist als Folge der Abstimmungskämpfe und des ungerechten Völkerbundsentscheidens zwischen den benachbarten, aufeinander angewiesenen und durch die neue Grenzziehung voneinander getrennten Industriegruppen ein Konkurrenzkampf entstanden, dessen ganze Last durch Lohnkürzung und Arbeitszeitverlängerung auf die Arbeitnehmer abgewälzt wird. Daß dieser Kampf, der von deutschen Industriellen geschürt wurde, jenseits der noch frischen Grenzen die antideutsche Propaganda fördern muß, wird wohl niemand bezweifeln. Ueberhaupt scheint die Frage der Arbeitsbedingungen, wie aus vereinzelt Anzeichen hervorgeht, in der künftigen Handelspolitik eine Bedeutung zu gewinnen, die man bisher kaum geahnt hat. So haben unsere deutsch-österreichischen Genossen im Nationalrat einen Antrag zur Annahme gebracht, der gegen Staaten mit mehr als acht Stunden täglicher Normalarbeitszeit (Washingtoner Abkommen) Kampfzölle in Form von besonderen, bis ein Drittel des normalen Zolls betragenden Zuschlägen vorsieht. Das soziale Dumping, das die deutschen Unternehmer in der bekannten Arbeitgeberdenkschrift angekündigt haben, stößt so auf den gleichen Widerstand wie der echte, durch künstliche Preisunterbietung veranlaßte Schleuderelexport.

Die mit Frankreich und Belgien eingeleiteten Vertragsverhandlungen werden auf deutscher Seite von dem Geiste getragen sein müssen, die Zusammenarbeit der westlichen Wirtschaftsgebiete zu erleichtern. Es kann nicht davon die Rede sein, mit Hilfe von Handelsverträgen französisches Erz und deutsche Kohle in ähnlicher Weise miteinander zu verknüpfen, wie man es etwa durch die Sachlieferungsbestimmungen des Friedensdiktales versucht hat oder wie es einzelne Großindustrielle in einem engen wirtschaftlichen Zusammenschluß beteiligter Werke geplant haben. Diese durch wirtschaftsgeographische Bedingungen vorgezeichnete Arbeitsgemeinschaft kann in engerem Sinne nur gestaltet werden durch privatwirtschaftliche Abmachungen. Und das wird so lange der Fall sein, als die Rohstoffquellen privatkapitalistischer Ausbeutung preisgegeben sind. Was aber die Außenhandelspolitik tun kann, das ist, derartigen Notwendigkeiten einer Zusammenarbeit den Weg ebnen, unnötige, durch imperialistische Bestrebungen und politische Feindschaft geschaffene Hemmungen aus dem Wege räumen. Eine starke Waffe gegenüber französischen Ansprüchen bietet der deutsch-spanische Handelsvertrag, der durch den Wegfall der den deutschen Export hemmenden Zölle in Spanien unter anderem den Bezug spanischer Erze erleichtert, gegen deren Bezug die deutsche Industrie in der Zeit der spanischen Zollschikanen gegen Deutschland eine regelrechte Kampagne geführt hatte. Frankreich wird, um nun seinerseits die Erze absetzen zu können, deren es zu viel hat, dem deutschen Export Zugeständnisse machen müssen. Ein starkes Interesse hat Frankreich auch an der Aufrechterhaltung der Textilausfuhr aus dem Elsaß nach Deutschland. Andererseits sind die Hochschutzzollschranken, die Frankreich der Einfuhr deutscher Waren entgegengestellt hat, einer Belebung der deutschen Ausfuhr ein schweres Hindernis. Ähnliche Interessenszusammenhänge, die durch Kriegs- und Nachkriegswirtschaft zerrissen worden sind, werden in den Verhandlungen mit Belgien und Luxemburg zutage treten. Auch hier ist nur eine Beseitigung der Schwierigkeiten auf dem Wege freundschaftlicher Verständigung zu suchen.

Gegen eine Handelsvertragspolitik gibt es in Deutschland starke Gegenströmungen. Die Kreise, die den sogenannten „Schutz der nationalen Arbeit“ und in der Selbstgenügsamkeit ein erstrebenswertes Ziel der deutschen Wirtschaftspolitik sehen, wollen ein Entgegenkommen

gegenüber dem Ausland nicht. In wie skrupelloser Weise hat sich der Landbund die Tatsache zunutze gemacht, daß die deutschen Winzer durch die Herabsetzung der Zölle auf spanischen Wein im deutsch-spanischen Handelsvertrag sich geschädigt fühlen! Tatsächlich ist die Forderung nach Schutzzöllen in letzter Konsequenz unvereinbar mit einer Handelspolitik, die auf die Erschließung des Weltmarktes für deutsche Waren hinarbeitet. Die Landwirtschaft spürt es eben ganz genau, daß bei wachsender Exportmöglichkeit die Industrie die Gefährdung ihrer Konkurrenzfähigkeit durch Schutzzölle deutlich erkennen wird.

Was das deutsche Volk heute braucht, das ist die freie Bahn für die Entfaltung seiner Arbeitskraft. Wenn schon 1907 doppelt soviel Angehörige des deutschen Volkes in industrieller Arbeit und im Handel ihr Brot fanden als in der Landwirtschaft, so muß erst recht heute das Streben dahin gehen, dem deutschen Industriezeugnis seinen Absatz am Weltmarkt zu sichern, nachdem der Export die einzige Möglichkeit bietet, die gegenwärtige industrielle Krise zu überwinden und die Reparationslasten abzudecken. Gerade die deutsche Arbeiterschaft hat ein starkes Interesse an einer Handelspolitik, die nationale und internationale Kriegsfolgen überwinden will und die dem deutschen Volke als Ganzem das Recht auf den Ertrag seiner Arbeit sichert. Handelsverträge, die dazu beitragen, dem deutschen Export abträgliche Zollschranken des Auslandes niederzulegen, den Erlös aus der deutschen Warenausfuhr zu steigern und das Betätigungsfeld der deutschen Industrie zu weiten, sind die beste Stütze für den deutschen Arbeitsmarkt. Indem sie vermehrte Beschäftigungsmöglichkeiten schaffen, verbessern sie auf die Dauer die soziale Lage der breiten Massen. Gewiß sind sie als Interessenverträge keine ideale Lösung. Wie wenig sie internationale Verwicklungen und selbst Kriege verhindern können, hat der Weltkrieg mit aller Deutlichkeit gezeigt. Immerhin sind sie auch in hervorragendem Maße ein Mittel der Annäherung der Völker und der Pflege ihrer wechselseitigen Wirtschaftsbeziehungen. Was aber könnte zur Entspannung der internationalen Politik besser beitragen als eine solche Annäherung der Volkswirtschaften, und eine Wiederaufrichtung des weltwirtschaftlichen Zusammenarbeitens, nach dem man bisher vergeblich gestrebt hat?

## Dokumente des Kuhhandels

(Fortsetzung)

### 21. August. — Entschließung der Deutschnationalen Volkspartei.

Die deutschnationale Reichstagsfraktion, verstärkt durch zahlreiche Mitglieder der preußischen Landtagsfraktion, nahm am Donnerstag einen eingehenden Bericht des Parteivorsitzenden entgegen. Sie sprach zu der bisherigen Haltung der Parteileitung, insbesondere zu der Veröffentlichung vom 15. August 1924, einmütig ihre Zustimmung aus. Sie stellte ferner einmütig fest, daß sie nach wie vor auf dem in ihren sieben Punkten und in der Rede des Abg. Hoetzsch vom 26. Juli festgelegten Standpunkt beharrt. Sie ist sich dabei ihrer Verantwortung voll bewußt und ist überzeugt, daß sie mit dieser Haltung den Interessen und der Stimmung ihrer Parteifreunde in den besetzten Gebieten entspricht.

21. August. — Reichstagsabgeordneter Oskar Maretzky im „Tag“. In diesem Falle wäre es für die nationale Zukunft unseres Landes von entscheidender Bedeutung, daß die Rechtsparteien in Deutschland sofort einen maßgebenden Einfluß auf die Ausführung der Londoner Beschlüsse gewännen.

## 21. August. — „Kreuzzeitung“.

Die Hoffnung auf einen Umfall der Deutschnationalen, der besonders vom „Vorwärts“ in der hämischsten Weise während der letzten Zeit als sicher hingestellt wurde, verflüchtigt sich.

## 21. August. — Reichstagsabgeordneter Frhr. v. Freytagh-Loringhoven in der „Deutschen Zeitung“.

Wenn trotzdem Regierungsparteien und Sozialdemokratie sich bereit finden, das Londoner Abkommen anzunehmen, so mögen sie zusehen, wie sie das mit ihrem Gewissen vereinigen. Die Deutschnationalen werden ihnen auf diesem Wege nicht folgen. Sie werden an dem festhalten, was sie im Wahlkampfe, was sie hernach im Reichstage gesagt haben. Sie werden es tun, ungeachtet aller Drohungen, die gegen sie ausgestoßen werden.

## 21. August. — Reichstagsabgeordneter Hans Arthur v. Kemnitz in der „Deutschen Tageszeitung“.

An eine Zweidrittelmehrheit ist nicht zu denken. Seien wir froh, wenn das Gutachten von der Bildfläche verschwindet. Es muß verschwinden und wird verschwinden. Und mit ihm wird auch die Regierung verschwinden, die sich in Illusionen gewiegt und schließlich, als die Ernüchterung kam, nicht den Mut gehabt hat, ein klares „Nein“ zu sprechen.

## 21. August. — Reichstagsabgeordneter Schlange-Schöningen in einer Rede in Labes.

Der Wahlkampf, den wir freudig aufnehmen, wird jedenfalls die schwerste Prüfung, die uns je bevorstand, namentlich auch aus einem andern Grunde: ich fürchte nicht unsere Gegner, als vielmehr unsere schwächlichen Freunde.

## 22. August. — „Deutsche Tageszeitung“.

Wenn man das unabweisbare Bedürfnis verspürt, in einfacher oder doppelter Auflage an die Entscheidung des Volkes zu appellieren: sie (die Deutschnationalen) sind bereit, diesen Appell mitzumachen.

## 22. August, abends. — „Deutsche Zeitung“.

Die (deutschnationale) Partei handelt aus vaterländischen Beweggründen und kennt keine Rücksicht auf parteitaktische Erwägungen. Damit ist dem Lügengewebe vom Umfall der Deutschnationalen in der Linkspresse der Boden entzogen.

## 22. August. — Erklärung der Parteileitung der Deutschnationalen Volkspartei.

Die maßgebenden Führer der deutschnationalen Reichstagsfraktion wenden sich gegen die Interpretation, die der gestrige deutschnationale Fraktionsbeschluß gefunden hat, als wäre damit immer noch die Möglichkeit zu einem „Umfall“ offen geblieben. Sie betonen demgegenüber, daß die deutschnationale Fraktion das Dawes-Gutachten und die mit ihm zusammenhängenden Gesetze unbedingt und ohne Rücksicht auf parteipolitische Interessen aus außenpolitischen Gründen ablehnen werde. Anders könne auch der Fraktionsbeschluß gar nicht ausgelegt werden, denn er beziehe sich ausdrücklich auf die früheren Beschlüsse und Erklärungen der Fraktion, die die Ablehnung des Londoner Verhandlungsergebnisses klar aussprächen.

## 23. August morgens. — „Kreuzzeitung“.

Selbst wenn unsere Ablehnung unpopulär wäre, wir müßten sie auch auf die Gefahr von Mandatsverlusten trotzdem aussprechen. Das ist einfach unsere vaterländische Pflicht.

## 23. August abends. — „Kreuzzeitung“.

Noch sind wir nicht selbstmordbereit, uns schmerzt, was da mit unserm Volke geschieht, wir wollen, daß Deutschland lebt. Wir lehnen ab, um uns selbst und dem Vaterlande treu zu bleiben.

## 23. August. — Reichstagsabgeordneter Graf Westarp in der Versammlung Vaterländischer Verbände.

Die Vaterländischen Verbände müßten von allen sich national nennenden Parteien verlangen, daß sie jetzt die Nerven behalten, vor dem französischen Willen nicht zurückweichen, sondern ein besseres Abkommen als das Londoner gemeinsam zu erreichen trachten. Es müsse im andern Falle zu einer Reichstagsauflösung und zu Neuwahlen kommen.

## 25. August. — Reichstagsabgeordneter Hergt, Führer der Fraktion der Deutschnationalen Volkspartei, in seiner Reichstagsrede.

So aber bleibt uns nichts anderes übrig, als alle diese Gesetze abzulehnen. Und Sie wollen ruhig abwarten, wie die Ablehnung am nächsten Donnerstag ausfällt. ...

Wir gehen unsern Weg, wie unser Gewissen ihn vorschreibt. Ich möchte beinahe sagen: hier stehe ich, ich kann nicht anders. Wenn wir um Einfluß in Ländern und um Regierungssitze hätten buhlen wollen, hätten wir unsere Ueberzeugung jetzt leicht ändern können. Aber wir verzichten darauf um unseres Idealismus willen.

## 26. August. — „Deutsche Zeitung“.

Die Opposition steht fest. Ihre Entscheidung heißt: „Nein!“

## 26. August, abends. — „Deutsche Zeitung“.

Weiter wissen Linkskreise zu erzählen, die Deutschnationalen würden die „Abstimmung freigeben“. Das wurde uns von deutschnationaler Seite schon insofern als irreführend bezeichnet, als die Fraktion grundsätzlich einen Fraktionszwang nicht kennt, sondern von ihren Mitgliedern ohne weiteres erwartet, daß sie, einer wie der andere, eben deutschnationale Politik machen. Und diese Politik ist — so hören wir heute genau so bestimmt wie gestern und vor acht Tagen — Ablehnung.

## 26. August. — Reichstagsabgeordneter Professor Hoetzsch in der „Kreuzzeitung“.

Wir sehen heute nicht, daß das Ergebnis der Londoner Verhandlungen, so wie es heute vorliegt, für unsere Fraktion annehmbar ist.

## 28. August. — „Deutsche Tageszeitung“.

Sicher aber ist mit dem Augenblick der Unterzeichnung die Preisgabe der deutschen Finanz- und Steuerhoheit, die Auslieferung unserer Reichseisenbahnen, die Unterwerfung des gesamten deutschen Volkes unter das Sultanum der Kommissare, alles Dinge, von denen sich auf normalem Wege unsere Kinder und Enkel nie wieder werden befreien können.

## 28. August. — „Deutsche Tageszeitung“.

## Brückenschlag?

Die parlamentarische Situation bezüglich des endgültigen Schicksals der Dawes-Gesetze hat gegenüber der Lage von gestern einen gewissen Fortschritt erfahren. Einen Fortschritt im Sinne des in den letzten Tagen so viel strapazierten Wortes vom „Brückenschlag“.

Es handelt sich bei all dem um Forderungen, die in ihrer Berechtigung und ihrer Notwendigkeit von den weitesten Kreisen des deutschen Volkes und des Deutschen Reichstags, insbesondere auch von den Mittelparteien, anerkannt sind. Und man sollte, wenn nicht gerade die Mittel-

parteien gesonnen sind, von ihren eigenen Bedenken nachträglich noch erhebliche Abstriche zu machen, annehmen, daß sie in den deutschnationalen Formulierungen einen Weiterbau an der von ihnen mit ihren eigenen Anträgen in Angriff genommenen „Brücke“ bilden.

29. August, morgens. — „Deutsche Tageszeitung“.

Auflösung oder Vernunft?

Eine völlige Klärung der parlamentarischen Lage ist bisher noch nicht eingetreten; es liegt ja auch in der Natur der Dinge, daß erst heute im Reichstage das letzte Wort gesprochen werden kann. Ueber eine Frage aber sollte eigentlich kein Zweifel mehr bestehen: daß eine Auflösung des Reichstags unter allen Umständen zwecklos, vernunftwidrig und direkt unverantwortlich wäre!

29. August. — „Germania“.

„Eine kühne Forderung.“

Nachdem schon die „Deutsche Tageszeitung“ in ihrem Leitartikel von heute morgen den Mittelparteien Angst vor Neuwahlen gemacht und damit verraten hatte, wie groß die Angst der Deutschnationalen vor Neuwahlen ist, hat man heute vormittag die Katze aus dem Sack gelassen: Hergt hat an Marx die Forderung gerichtet, daß der Rücktritt des Reichskabinetts für Oktober in Aussicht gestellt werden möge!

Daß diese Forderung so kurz vor der noch immer nicht geklärten Abstimmung (nachmittags 1/23 Uhr) gestellt wurde, ist natürlich kein zeitlicher Zufall, sondern es besteht ursächlicher Zusammenhang mit dem Verhalten der Deutschnationalen in der heutigen Abstimmung. Man will die Zusicherung einer Neubildung der Regierung haben, bevor man sich endgültig darüber klar wird, was die Verantwortung für das Wohl der deutschen Bürger dem einzelnen Abgeordneten vorschreibt. Man will einen verbrieften innenpolitischen Kaufpreis für seine Entscheidung haben, die mit innerer Politik gar nichts zu tun hat, sondern ganz einfach die klare Stellungnahme in einer Schicksalsfrage des deutschen Volkes erfordert. Es versteht sich von selbst, daß Reichskanzler Marx diese merkwürdige Forderung ablehnen mußte, und daß der Parteivorstand des Zentrums die Haltung des Kanzlers nachdrücklichst gebilligt hat.

29. August.

Nachmittags 5 1/4 Uhr fielen bei der entscheidenden Abstimmung über das Reichsbahngesetz 48 deutschnationale Abgeordnete um und stimmten für das Gesetz.

30. August. — Aus der Erklärung der Parteileitung der Deutschnationalen Volkspartei.

Die beiden Anschauungen, die bei der Abstimmung der Deutschnationalen Volkspartei zum Eisenbahngesetz in Erscheinung traten, beruhen selbstverständlich nicht auf einem Gegensatz der Grundauffassungen, sondern lediglich auf der differenzierten Beurteilung der Lage. Bei dieser gemeinsamen Grundauffassung haben die Abgeordneten, die mit „Nein“ stimmten, den Gedanken der Unerträglichkeit der Londoner Ergebnisse und der wirtschaftlichen Untragbarkeit der Abkommen den Vorrang gelassen, während die Ja-Stimmen auf die Erwägung zurückgingen, daß durch das Vermeiden einer akuten Krise durch Beteiligung der Deutschnationalen Volkspartei an der Regierung und durch Einflußnahme auf die Durchführung des Abkommens im Sinne einer stetigen Verbesserung der augenblicklichen Notwendigkeit genügt werde.

Die Fraktion sieht den Mißdeutungen ihrer Gegner in dem Gefühl grundsätzlicher Uebereinstimmung in den hohen Zielen der Partei mit Ruhe entgegen.

30. August. — Aus dem Brief der Deutschen Volkspartei an die Deutschnationale Volkspartei.

Wir haben seit den Reichstagswahlen danach gestrebt, die wertvollen politischen, sozialen und wirtschaftlichen Kräfte der Deutschnationalen Volkspartei zur verantwortlichen Mitarbeit an den Reichsgeschäften heranzuziehen. Wir erklären heute, daß wir diese Mitarbeit bei der Durchführung des Londoner Pakts und des innenpolitischen Aufbaues für notwendig halten. Uebernimmt die Deutschnationale Volkspartei die Verantwortung für das Zustandekommen des Londoner Paktes mit uns, wird die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei mit allen Mitteln auf einer ihrer Bedeutung entsprechenden Teilnahme der Deutschnationalen an der Reichsregierung bestehen.

30. August. — „Deutsche Tageszeitung“.

Die Entscheidung.

Eine Zweidrittelmehrheit hätten die Neuwahlen, wie wir wiederholt darlegten, nach allem Ermessen nicht gebracht; das Londoner Abkommen war und blieb gescheitert. Wohl aber bekamen wir dann eine Reichsregierung der großen Koalition . . . Diese Regierung hätte dann neue Verhandlungen, zu denen Deutschland aus seiner ganzen Lage heraus genötigt war, gesucht und gewiß auch erreicht; aber niemand kann wohl bezweifeln, daß eine solche Regierung, zumal die nationale Opposition aller Voraussicht nach mit einer gewissen Schwächung aus dem Wahlkampf hervorging, keinen besseren, sondern eher noch einen schlechteren Pakt nach Hause gebracht hätte, als wir ihn jetzt vor uns haben. Innenpolitisch aber brachte die Neuwahl die große Koalition, und zwar auch in Preußen . . . Ebensowenig kann wohl zweifelhaft sein, daß aus der falschen Front dieser Wahlkämpfe heraus die Wiederwahl des Herrn Ebert zum Reichspräsidenten für den kommenden Sommer gesichert wurde. Mit einem Wort: daß für vier Jahre — noch abgesehen von der längeren neuen Amtsperiode des Reichspräsidenten — die Sozialdemokratie und die Linksrichtung in den bürgerlichen Mittelparteien im Reich und in Preußen fest in den Sattel kamen.

30. August. — „Kreuzzeitung“.

Nach der Schlacht.

Nicht zuletzt sind noch kurz vor Toresschluß erreichte bindende Festlegungen für die Politik der Zukunft von seiten der Regierung und ihrer Parteien für den Ausgang dieses Ringens entscheidend gewesen. Es wird sich, wie das ja auch aus der Stellungnahme der Deutschen Volkspartei hervorgeht, eine Umbildung der Regierung vollziehen müssen. Die Bildung des Bürgerblocks ist angebahnt.

Daß die Dinge diese Wendung genommen haben, ist gleichzeitig eine schwere Niederlage für die Sozialdemokratie, die überhaupt den Kampf um das Gutachten mehr und mehr zu einem innenpolitischen Machtkampf gemacht hatte, hinter dem alle Fragen außenpolitischer Natur zurücktreten.

30. August. — „Deutsche Zeitung“.

Abrechnung.

Die nationale Opposition hat wieder einmal versagt, denn sie hat nicht die Kraft zu einer einheitlichen Linie aufbringen können.

Wir stellen doch fest, daß sie (die Jasager) nicht zu uns gehören, daß sie ein Fremdkörper in der Partei sind, der wir auf Grund zahlreicher, aus Führermund kommender Versicherungen unser Vertrauen geschenkt haben.

Die Partei als Ganzes hat versagt, die Parteileitung hat versagt. Immer wieder wurde von der Zentrale versichert, an einen Umfall sei nicht zu denken, immer wieder wurde im Brustton der Entrüstung von

denen gesprochen, die der Partei einen solchen Umfall überhaupt zutrauten.

### 31. August. — „Die Zeit“.

Den Deutschnationalen wäre zu raten, daß sie nicht wieder in ihren alten Fehler verfallen, ungestüm Forderungen zu stellen, die über jedes Maß hinausgehen. Bestimmte Versprechungen, etwa gar über die Zahl oder die Verteilung von Ministersitzen, sind von keiner Seite gemacht worden. Wenn man sich die Dinge in Ruhe ausreifen läßt, fährt man am besten.

### Epilog. — Die „Mecklenburger Warte“, ein völkisches Organ, nach der Entscheidung.

Die größte Schmach haben Männer am Tage von Tannenberg ihrem eigenen Volke angetan, als sie den Glauben an Ehre, den Glauben an Treue, den Glauben an deutsches Manneswort schnöde verrieten. Nicht nur die 48, die ihren Namen hergaben, um den schändlichsten Fronvertrag der Weltgeschichte anzunehmen, auch die übrigen, die Hergt, die Westarp und all die andern sind schuldig. Die Erklärung von der immer noch bestehenden Einmütigkeit der Fraktion, die Graf Westarp seinem entsetzten Wahlkreis vorzusetzen wagt, zeigt, daß die getrennte Abstimmung nur ein Manöver war, um die Wählerschaft zu blenden. Wären die Neinsager Männer, und ich habe trotz allem noch die leise Hoffnung, daß sich unter ihnen noch welche finden, so hätten sie sofort zwischen sich und den Annehmern des Eisenbahngesetzes das Tisch-tuch zerschneiden müssen. Noch trüber aber als bei allem andern sieht sich die Lage an, wenn man hört, daß die Deutschnationalen nunmehr in die Regierung eintreten sollen. Du, deutsches Volk, kennst den Nibelungenverrat! Du brauchst heute in Sage und Geschichte nicht mehr so weit zurückzuschweifen, um ein Musterbeispiel der Treubrücke zu finden. Solange der schützende Mantel des Schutzgesetzes nicht die Schande der deutschnationalen Führerschaft verhüllt, sei es dir zugerufen: Du wurdest verraten gegen die Silberlinge schön gepolsterter Ministersessel. Die schwarz-weiß-rote Fahne ist von der deutschnationalen Reichstagsfraktion entweiht.

## Ein Geschichtsbuch der Arbeiterjugend

Von Arno Scholz

Die Arbeiterjugendbewegung kann in diesem Jahre auf ein 20jähriges Bestehen ihrer Organisation zurückblicken. Gerade zur richtigen Zeit liegt auch die Geschichte der Arbeiterjugendbewegung von Karl Korn (Verlag Arbeiterjugend, Berlin) abgeschlossen vor uns. Die kleinen Bändchen — die auch zu einem Gesamtband vorliegen — können uns zum 20jährigen Jubiläum vieles und wertvolles sagen.

Zwanzig Jahre der Jugendarbeit werden in uns lebendig. Wir werden zurückversetzt in die Zeit der Lehrlingsausbeutung, müssen die sozialen und wirtschaftlichen Bedrückungen der damaligen Zeit an uns vorüberziehen lassen, denn sie geben den Untergrund, auf dem die Arbeiterjugendbewegung aufgebaut werden konnte. All die Kraft und die Begeisterung, die von den Jugendtagen her noch in unser Ohr klingt, all die Wärme, mit der die Arbeiterjugendbewegung anlässlich ihrer großen Demonstrationen und Tagungen von der gesamten Bevölkerung bedacht wurde, muß neu aufflackern, liest man, welche unendlichen Kämpfe die Arbeiterjugendbewegung seit ihrem Bestehen ausfechten mußte.

Gegründet als Abwehrorganisation gegen wirtschaftliche Ver-sklavung der jungen Arbeiter und Lehrlinge, hat sie sich heute zu einer politischen und kulturellen Organisation entwickelt. Diesen Werdegang zu verfolgen, die einzelnen Phasen der Entwicklung studieren zu können, dazu hat die Arbeiterjugend ihr Geschichtsbuch vorgelegt. In drei großen Teilen, die gleichzeitig die wichtigsten Abschnitte der Jugendarbeit charakterisieren, führt uns der Verfasser aufwärts von der Jugend, die instinktmäßig nur Zusammenschluß sucht, zu der Jugend, die in der Gemeinschaft leben will, die wertvolle Kräfte in ihr wachsen lassen will, die dann in den Dienst des Sozialismus, des demokratischen Staates gestellt, Pionierarbeit leisten kann. Von der Jugend von 1904 bis 1924 ist ein langer Weg.

In der ersten Zeit war die neugegründete Organisation zunächst Abwehrorganisation gegen die allzugroße Ausbeutung der Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter. In allen Bezirken der Arbeiterjugendbewegung wurden Jugendschutz-Kommissionen eingerichtet, die jeden Klagefall bearbeiten und versuchen mußten, die Abstellung unerträglicher Zustände zu ermöglichen. Es war eine unermüdliche Kleinarbeit, die von diesen Kommissionen geleistet wurde. Viele Lehrlinge, von ihrem Brotherrn schlecht behandelt, fühlten sich hingezogen zu dieser Organisation, sahen in den Mitgliedern gleichfalls Unterdrückte, und diese gemeinsame Last schmiedete die einzelnen fest zusammen. Erfolg konnte die Arbeit der Jugendschutz-Kommission nur haben, wenn hinter diesen Kommissionen eine machtvolle Organisation stand, die der Staat und seine Gesetzgeber nicht von jedem Einfluß automatisch ausschließen konnte. So war die Stärke der Organisationen maßgebend für die Arbeit der Kommissionen und eine ungeheure Werbearbeit war die Folge dieser Erkenntnis. Sie zeitigte so große Erfolge, daß die preußischen Behörden und später der Reichstag eiligst das sogenannte Reichsvereinsgesetz verschärfen. Gruppe für Gruppe wurde aufgelöst, wertvolle Arbeit vernichtet. Die Jugend mußte sich illegal organisieren; ähnlich wie die Partei zur Zeit des Sozialistengesetzes.

Trotz alledem ging die Bewegung flott weiter. Gruppen wurden aus dem Boden gestampft. Die allerbeste Widerlegung des schmählichen Reichsvereinsgesetzes war die Aktivität und das Anwachsen dieser Gruppen. Im Jahre 1909 waren es 311, 1910 360, 1911 545, 1912 574, 1913 655 und bis Ausbruch des Krieges sogar 837. Die Kriegsjahre 1914—18 lähmten die Jugendbewegung, da die schaffenden Geister der Bewegung mit als die ersten zum Heeresdienst eingezogen wurden. Dieser Schlag traf die Organisationen hart und hat sich in den folgenden Jahren schwerer gerächt, als sich zunächst übersehen ließ. Die an Organisationsarbeit nicht gewöhnten, wirtschaftlich und politisch nicht geschulten Kräfte konnten die Organisation nicht zusammenhalten. Die feste Hand der Führenden fehlte und so löste sich eine Gruppe nach der anderen auf. Die vielen Polizeischikanen erschwerten die Arbeit bis zur Unerträglichkeit.

Erst nach der Staatsumwälzung und damit Möglichkeit freier Betätigung der Jugend wurden die Gruppen überall wieder aufgebaut. Überall sprangen Alte und Junge mit ein und bald standen überall wieder die Jugendgruppen, der Arbeit harrend. Der Kampf gegen die Lehrlingsausbeutung sowie die ganze Jugendschutzarbeit konnte zu meist abgegeben werden an die Lehrlingsorganisationen der Gewerkschaften, die, da sie beruflich zusammengeschlossen waren, viel wirksamer arbeiten konnten, als eine aus allen Berufen zusammengeschlossene Organisation. Mit der Abgabe dieser uralten und ersten Forderungen der Organisation waren der Arbeiterjugend größere Kräfte für weitere Aufgaben frei. Die Kundgebungen und Tagungen der letzten Jahre gaben nur äußerlich all das wieder, was seit 1918 von der Organisation

geleistet worden ist. Die Erziehung der Jungen und Mädel im Geiste der Weimarer Verfassung war eine der vielen Aufgaben. Unermüdlich war die Kleinarbeit, die geleistet wurde, um die Fragen des Sozialismus, soweit sie die jungen Geister verstehen, ihnen näher zu bringen.

Das kleine Geschichtswerk umreißt all die Fragen knapp und sehr verständlich. In chronologischer Reihenfolge zieht das Wirken der Arbeiterjugend an uns vorüber. Das Werk ist gut; nur zu gut. Manche Schwäche der Bewegung hat die ausgleichende Hand des „Älten“ weggeschwächt. Allzugut ist im letzten Kapitel die heutige Bewegung davongekommen. Wer in den Gruppen der Jugend um sich schaut, wird andere Dinge erzählen können. Unnötige Opposition verärgert das Wirken mancher Gruppe. Genosse Korn hätte das Werk unseren „Daueroppositionellen in allen Lebenslagen“ widmen sollen, vielleicht hätten sie dann einmal verschämt aufgemerkt.

Der Aufbau des ganzen Werkes, der einfache, frische Stil des Verfassers machen es zu einem wertvollen Geschichtsbuch, das im Bücherschrank eingereiht werden muß unter „Parteigeschichte“, zu ihrer Ergänzung.

## Kaisers „Gilles“

Man kennt die über Norm und Gewohnheit gesteigerte Lebensbegier Todgeweihter. Man weiß von rauschhaftem endemischen Aufflackern des Fortpflanzungstriebes in Augenblicken drohender Elementarkatastrophen. Der gattungserhaltende Instinkt wähnt sich auch hier noch stärker als Kraft, Wille, Möglichkeit des Einzelwesens zum Leben und betrügt doch nur aufs schmachlichste sich selbst. Wieviel mehr der Trieb, der nur noch in seiner Wurzel arterhaltend, in seinen Blüten taub und giftig ist. Wieviel mehr ein solcher Trieb in einer Umwelt allgemeiner Vernichtung, im Kriege.

Dieses Erlebnis, eine derartige psychologische Konstellation, kann man aus Georg Kaisers dreiteiligem Bühnenspiel „Gilles und Jeanne“ heraushören, so wie es von dem neuen Schauspielertheater, dem „Dramatischen Theater“, dargestellt wird; möglicherweise sieht es sich im Buch ganz anders an. Jedenfalls ist die Jeanne, „das Mädchen vom Dorfe“, die Jungfrau von Orléans oder Pucelle, wie sie sonst genannt wird, beinahe Nebenfigur, Träger der Handlung und Wandlung allein Gilles de Rais, der französische Blaubart. J.-K. Huysmans ließ vor mehr als fünfundzwanzig Jahren Gilles' Geschichte durch Des Esseintes, den Helden seines Romans „Là-Bas“, erforschen, erleben und aufzeichnen, damals, als auch bei uns eine gewisse Neuromantik in der mittelalterlichen Gläubigkeit die Psychose, die Wollust und die Tortur des Satanismus, erschnupperte. Davon ist hier manches hängen geblieben, nur daß die Kaisersche Kälte auch nicht einen Atemhauch, nicht einen Weihrauchduft von Gläubigkeit bewahren konnte. Aber noch weniger hat Kaiser sich Bernard Shaws kollektivistisch-rationalistischem Kritizismus angenähert, der keine überlieferte Gestalt der Geschichte akzeptiert, ohne daß er sie sich selbst — durchaus mit Recht, aber oft bis zur Unkenntlichkeit — von Grund auf neu aufgebaut hat. Für Kaiser ist Gilles nur Bild höchstgesteigert abirrender Triebhaftigkeit, für Gilles, der historisch genommen ein reiner Sadist war, Kinder und Mädchen seiner Feudallandschaft unter Liebkosungen umbrachte, ist Jeanne eigentlich nur ein besonderer Leckerbissen.

Wie ein moderner Geldmagnat seiner Liebsten eine Filmgesellschaft gründet, — solche Motive spielen ernstlich bei Kaiser mit — so besodet der Ritter de Rais dem Mädchen vom Dorfe ein Heer, mit dem sie den Engländer aus Frankreich vertreiben könne, aber eben all das nur,

um den Lustwert des Mädchens „in Harnisch und Hosen“, der Jungfrau und Heldin, für sich zu steigern. Als sie sich trotzdem seiner Liebe versagt oder nur zu versagen scheint, fällt er als Zeuge gegen alle andern sie vor dem Ketzertribunal. Einmal auf dem Wege zur Vernichtung würgt der Liebesmörder sechs weitere Bauernmädchen, die ihm sein Hausalchimist als künstliche Inkorporationen der freventlich Geopferten vorgaukeln will, bis der Raub des siebenten Opfers die Bauernschaft auf die Spur setzt und Gilles vor das kirchliche Gericht zieht. Hier ist es erst Jeanne Wiedererscheinung, die ihrerseits den Verstockten für unschuldig erklärt, ihn selbst aber gerade dadurch zum Bekenntnis und zur Reue führt. Aus dem französischen mittelalterlichen Ritter ist plötzlich ein moderner russischer Büber geworden.

Kaiser ist der größte Journalist auf unsrer Bühne. Er hat vor dem Heer der pathetisch theoretisierenden Literaten, die nur in und aus Büchern leben, den unbestrittenen Vorzug, daß er die Gegenwart zu sehen und ergründend umzubilden sucht. Und so wahr die Frage um Gilles, falls sie eingangs richtig gestellt ist, eine Frage unsrer Tage sein kann, so hätte sie Kaiser mit den sprachbildenden Mitteln seines Spiels nicht gelöst, wenn es sich um Herrn X. und Fräulein Y. aus dem Jahre 1920 gedreht hätte. Er hat sie auch nicht gelöst, indem er sich von dem abgestempelten Blaubart und der unumstrittenen Heldenjungfrau das Kostüm entlieh, weil er ihnen selbst keinen lebendigen Odem einblasen konnte.

Das ist schade, weil Kaiser dank seiner Vielfältigkeit der Einfälle und Auslegungen, seiner leichten und doch stets sicheren Theaterhand immer mehr in die erste Reihe rückt, schade auch, weil er dem Schauspielertheater damit ein so böses Omen gereicht hat. Dazu wieder die üblichen Häkeleien der Künstler unter sich vor aller Öffentlichkeit; Kaiser selbst sollte erst Direktor werden, die Lasker-Schüler Dramaturgen. Nacheinander scheiden sie wieder aus, so daß man immer wieder die Noterkennnis gewinnt: Künstler sind, sozial auf sich selbst gestellt, schlimmer als Kinder, und bedürfen ganz anders als diese der festen Zucht.

A. F. C.

## WIRTSCHAFTLICHER RUNDBLICK

### Berliner Börsenbilder

**Die Spekulation** In den letzten Wochen tobt sich am Markt der heimischen Anleihemärkte schon Anleihen eine wilde Spekulation aus. Kriegs- und Staatsanleihen, von denen fast kein Mensch mehr sprach, da man sie mit der Flut der Inflation weggeschwemmt glaubte, sind die Günstlinge der Börse. Es notierten:

	2. Januar	Mitte Juni	Mitte August	5. Septbr.
5%ige Reichsanleihe	60	70	710	1165
4%ige Reichsanleihe	600	375	1090	1625
3 1/2 %ige Reichsanleihe	325	200	1015	1675
4%ige Schutzgebietsanleihe	2000	1100	3700	7500
3 1/2 %ige Konsols	325	160	1400	2000

Was liegt dieser Bewegung am Anleihemarkt zugrunde? Teilweise politische Gründe. Die Parteien der Rechten glaubten ihren Wählern und Anhängern außer der 15%igen Aufwertung, die die Reichsregierung auf Grund des Ermächtigungsgesetzes allgemein festsetzte, auch eine Aufwertung und Verzinsung der Kriegs-, Reichs- und Staats-Anleihen

in Aussicht stellen zu müssen. Deshalb der Sturm auf die deutschen Anleihen. Sogar das Ausland beteiligte sich daran. Allerhand Gerüchte durchschwirrten die Luft. Man behauptet, daß an der Spekulation auch parlamentarische Kreise beteiligt sind, namentlich solche, die dem Aufwertungsausschuß nahestehen. Wenn dies den Tatsachen entsprechen sollte, dann wäre dies ein unerhört politischer Skandal, der eine gründliche Aufklärung erfahren müßte. Dann war es der beutegierigen Spekulation nicht zu verdenken, daß sie sich auf die Anleihen stürzte. Eine Ernüchterung brachte eine Erklärung des Reichsfinanzministeriums, worin es u. a. hieß: „Weder ist eine Besprechung mit Vertretern der Bankwelt in der Aufwertungsangelegenheit vorgesehen, noch wird im Reichsfinanzministerium daran gedacht, solche unmöglichen Vorschläge zur Erörterung zu stellen.“ Seitdem bröckeln die Kurse ab. Die Spekulation am deutschen Anleihemarkt hat allerdings neue Reichtümer erworben. Eine Aufwertung der Reichs- und Staats-Anleihen wäre nicht nur finanzpolitisch untragbar, sondern käme auch nicht den ursprünglichen Besitzern, die vollwertiges Geld für sie gegeben haben, zugute.

**Am Markt der Aktien und Obligationen** In letzter Zeit ist eine Aufwärtsbewegung zu konstatieren. Man spricht wieder von einer „freundlichen Haltung“ der Börse. Die Kurse vom Anfang des Jahres sind nur in den wenigsten Fällen erreicht, meistens liegen sie heute weit darunter. Die Ursachen sind mannigfaltiger Natur. Die Geldknappheit vor allem zwang die Effektenbesitzer zu Abgaben. Die meisten von ihnen hatten sich in den Zeiten der Inflation mit Aktienpapieren vollgesogen. Sie hielten sie für wertbeständig und sich damit vor der Geldentwertung gesichert. Und als nun die allgemeine Jagd nach flüssigen Geldmitteln einsetzte, saßen die Aktionäre auf ihren Effektenbeständen und wußten nicht, was sie damit anfangen sollten. Je schärfer die Geldknappheit wurde, je mehr sahen sie sich gezwungen, zu Abgaben zu schreiten. Eine allgemeine Deroute setzte ein, die Kurse überstürzten sich nach unten. Größere und kleinere Pakete von Aktien schwammen an der Börse herum. Da sich keine Käufer fanden, rissen sie alles in die Tiefe. Der Rausch der Inflation hatte einer schmerzlichen Ernüchterung Platz gemacht. Die ersten sieben Monate dieses Jahres standen im Zeichen dieses Niederganges. Erst der August brachte eine kleine Erholung, was nicht zuletzt mit der Besserung der internationalen Lage zusammenhing. Die Aktionäre setzten große Hoffnungen auf die Umstellung der Unternehmungen auf Gold. Je mehr die Goldbilanzierung fortschreitet, je mehr zerschmelzen die Hoffnungen in nichts. Man war wohl auf Zusammenlegungen gefaßt, aber man hatte nicht damit gerechnet, daß sogar Unternehmungen, die seit 15 Jahren keine Kapitalerhöhung vorgenommen und zu den besten in Deutschland zählen, ihr Goldkapital derartig reduzieren, wie dies beispielsweise bei der Berliner Handelsgesellschaft der Fall war. Karl Fürstenberg hat alle Hoffnungen jäh zerstört und der Börse im ganzen einen schweren Schlag versetzt. Mit gutem Recht werden sich jetzt die kleinen Finanzlichter in den Aktiengesellschaften auf das Vorbild Fürstenbergs berufen, dessen Name weit über die Landesgrenzen bekannt ist. In den Aktiengesellschaften geht jetzt eine Umschichtung vor sich, die Gesellschaften bereichern sich auf Kosten ihrer Aktionäre. Die beherrschenden Aktienblocks sind meistens in wenigen Händen, und diese haben vor allem ein Interesse daran, bei der Goldumstellung dem Unternehmen ein weiches Finanzpolster zu verschaffen. Die Zahl der Kleinaktionäre vermindert sich immer mehr und bald wird dieser Typ fast vollständig verschwunden sein. Die Erwerbsgesellschaften scheinen an der Unübersichtlichkeit der Börsenverhältnisse am Aktienmarkt interessiert zu

sein. Das Börsenpublikum, soweit es nicht zu den Einflußreichen gehört, tastet, solange die Goldumstellung nicht beendet ist, im Dunkeln. Dies hat vor allem seinen Grund darin, daß man die Publizität der Gesellschaften auf ein geringes Maß heruntergeschraubt hat. Die Öffentlichkeit hat ein Interesse daran, zu erfahren, wie es um die Unternehmungen bestellt ist. Auch die Arbeiterschaft ist daran interessiert, und dies um so mehr, da bekanntlich die Rechte der Betriebsräte nicht unwesentlich eingeschränkt wurden. Ein nicht geringer Teil der deutschen Aktien ist heute im Ausland plaziert. Vielleicht kann dieser Umstand als Beweis gelten, daß man auch im Ausland mit einer Belebung der deutschen Wirtschaft rechnet. Der Aktienmarkt bietet, im ganzen gesehen, ein Bild der Unsicherheit. Das Börsenpublikum erhofft von der bereinigten internationalen Lage einen industriellen Aufstieg, wobei die Auslandskredite, die der Ruhrindustrie, dem Kalibergbau usw. gewährt werden, als Auftakt gelten. Was daran Wahres ist, ruht im Schoße der Zukunft. — Die Industrieobligationen, die früher einen wesentlichen Bestandteil des Börsengeschäfts darstellten, treten heute nicht wesentlich in Erscheinung. Sie wurden von der Inflation aufgeessen, eine Neuausgabe von Goldobligationen ist noch kaum erfolgt. Es steht zu hoffen, daß die Obligationen später ein Hauptglied der Kapitalbeschaffung darstellen. Dabei wird zu überlegen sein, ob die Obligationäre genau so rechtlos als früher behandelt werden können oder ob das Aktienrecht nicht dahin erweitert wird, daß die Geldgeber auf dem Anleihemarkt ein gewisses Mitbestimmungsrecht erlangen. Vielleicht findet, wie im Auslande, eine Verbindung zwischen Aktien und Obligationen nach Art der Convertible Bonds statt. Mercur

## RANDBEMERKUNGEN

### Ludendorff als Sieger

Ausfertigung:  
44. B. 70/23.

In der Privatklagesache

1. des Generals a. D. Hans v. Zwehl, Berlin, Schaperstr. 33,
  2. des Generals der Inf. Erich Ludendorff, München, Heilmannstraße 5,
- vertreten durch Rechtsanwalt Dr. Voß, W. 10, Genthinerstr. 7, Privatkläger,

gegen  
den Schriftsteller Hermann Wendel in Frankfurt a. M., Roseggerstraße 32,  
vertreten durch Rechtsanwalt Frankfurter, SW 61, Belle-Alliance-Platz 4,

Angeklagter,  
wegen Beleidigung,  
hat das Schöffengericht in Charlottenburg in der Sitzung am 23. Oktober 1923 für Recht erkannt:

Der Angeklagte Wendel wird wegen öffentlicher Beleidigung in zwei Fällen zu insgesamt 150 000 000 000 Mark Geldstrafe, ersatzweise zu einem Tage Gefängnis für je 10 000 000 000 Mark und zu den Kosten des Verfahrens verurteilt.

Den Beleidigten v. Zwehl und Ludendorff wird die Befugnis zugesprochen, den verfügenden Teil des Urteils binnen 2 Monaten nach dessen Rechtskraft auf Kosten des Angeklagten je einmal in der „Glocke“ bekanntzumachen.

Auf die Widerklage wird der Widerangeklagte v. Zwehl freigesprochen.

gez. Dr. Neumann. gez. Schubert.  
Ausgefertigt:  
Charlottenburg, den 27. Mai 1924.

Wir möchten diese Gelegenheit nicht vorübergehen lassen, um uns

wieder einmal des genialen Politikers Ludendorff zu erinnern. Aus der Fülle seiner Reden und Aufsätze zitieren wir heute nur wenige, aber desto goldene Worte.

Weg mit der Erfüllungssparole: „Wir haben keine Waffen und müssen alles erdulden.“ Selbst der Wurm krümmt sich, wenn man ihn zu Tode tritt. Warum soll sich nicht ein Volk, das man zu Tode martert, in letzter Kraft erheben. Noch haben wir Kraft, wenn wir den Willen finden. Sorgen Sie dafür, daß solch friderizianischer Wille das ganze Volk durchdringt. Der Geist der Erfüllung geht wieder stärker umher. Wir wissen, wer ihn belebt und werden uns merken. Lassen wir uns nicht noch einmal durch das Schlagwort Einheitsfront täuschen.

Aus einer Ansprache bei der Reichsgründungsfeier des Bundes Oberland.

Passiver Widerstand — diese Kampfarm eines Sklavenvolkes — wird uns auch nie zur Freiheit führen. Darüber wird Klarheit herrschen, wenn auch dieses Kapitel der Weltgeschichte — des heldenhaften Ringens Deutscher — abgeschlossen sein wird. Noch ein Mehr, ein gewaltiges Mehr ist erforderlich, nämlich die Wiedergeburt jener auf der Sittenlehre des alten Heeres sich aufbauenden Macht und das Schmieden und Schärfen des Schwertes, die unsere Stärke waren, als wir noch als freie Männer gegen die Welt kämpften.

Aus einer Rede, gehalten am 4. Mai 1923 in Würzburg vor dem Deutschen Hochschulring.

Die deutsche Art verlangt von der Jugend Ehrfurcht vor dem Alter, Erfahrung und Verdienst, von uns allen glühende Liebe für unser Land, Haß und Rache gegen die Feinde. Turnen ist nur ein Mittel zum Zweck. Deutscher Turner sein bedeutet ein Kämpfer und kriegsfertiger Bereiter für ein Deutschland zu sein, das den Deutschen gehört. Stärken Sie die Faust und den Geist. Der Geist ist es, der die Faust hebt und

niederfallen läßt auf das Haupt der Feinde des Vaterlandes.

Aus einer Ansprache anlässlich des deutschen Turnerfestes in München.

Ich bin in der Tat deutschvölkisch und nichts als deutschvölkisch. Ich bin es deshalb, weil ich von der Zugkraft dieser Bewegung, die sie auf alle Deutsche, ohne jeden Unterschied auch des Bekenntnisses ausübt, von ihrer siegreichen Stärke und ihrer Fähigkeit, Macht zu bilden, überzeugt bin.

Ludendorff über seine politische Einstellung im „Heimatland“.

Das Wort „völkisch“ ist verstandesmäßig nicht zu erfassen, das Herz muß es begreifen, nicht jeder aber hat ein Herz... Die völkische Bewegung läßt den deutschen Menschen neu stehen: fest in dem christlichen Glauben an Gott, aber ihm vertrauend, nicht ihn fürchtend; wahrhaftig, wehrhaft und arbeitsam aufrecht, stark und sittenfest. Sie stellt ihn vor die Not der europäisch-nordischen Edelrasse und heißt ihn die Stimme seines Blutes und des Herzens vernehmen, die auch aus dem deutschen Nächsten zu ihm spricht. Die Erhaltung unserer Rasse gegenüber dem Ansturm minderwertiger und Mischrassen ist vornehmstes Gebot... Die völkische Bewegung ist Kampf. Sie hat Kampf- und Machtwillen, sie erstrebt Macht, denn sie weiß, daß ohne Macht sie die Rasse und ihre hohen Ziele gegenüber dem Vernichtungswillen, der Selbstsucht, Verlogenheit und Niedertracht der Widersacher nicht durchsetzen kann. Sie fordert Wehrhaftigkeit des Volkes in ihrem Dienst! Auch hier ist wieder das alte Heer das erhabene Vorbild.

Aus einem Artikel „Die völkische Bewegung“ in der Kreuzzeitung vom 1. November 1923.

Dem Satanswerk von Versailles soll jetzt das zweite Satanswerk folgen, das das sogenannte Gutachten der Sachverständigen vorbereitet hat, das ewige Versklavung bedeutet und uns jede Aussicht nehmen soll, die Freiheit zu erringen. In dieser

Lage arbeiten Zentrum und Bayr. Volkspartei daran, Preußen zu zerschlagen und aus Deutschland vollends einen machtlosen Staat nach dem Wohlgefallen Frankreichs zu machen. Aus einer Ansprache in Bayreuth.

Das Erhabenste, wo man hat...

Ueber eine Stahlhelmfeier in Lehrte (Reg.-Bez. Lüneburg) schreibt der an der Grenze zwischen Deutschnationalen und Deutschen Volksparteilern mit mäßiger Grazie einherfinkelnde „Hannoversche Kurier“ in seiner Nummer vom 4. September nach ausführlicher Schilderung all der dort gebotenen Herrlichkeiten, auf dem Gipfel nationalen Lyrismus' sich schaukelnd:

„Durch die Anwesenheit des Gauführers, Sr. Exzellenz Herrn Generalleutnant Wellmann, bekam der Tag das richtige, zu einer Stahlhelmfeier gehörige militärische Bild, und als Se. Exzellenz unter den Klängen des Präsentiermarsches die Front abschritt, bot sich ein Schauspiel, wie es erhabener für ein deutsches Herz nicht gedacht werden kann.“

Und wenn Christus vom Himmel herabstiege und zu den Redakteuren des „Kurier“ spräche: „Kommt zu mir, ihr Kindlein,“ auch dieses „Schauspiel“ wäre nicht erhabener für das deutsche Herz, das sich in solchen glutflüssigen Begeisterungssätzen ergoß.

Auch sonst bietet der Erguß Stoff zu schier endlosem Spott eines jeden, der sich noch einen Rest von Geschmack und Augenmaß bewahrt hat. Wodurch wird der Stahlhelmtag befähigt, ein richtiges militärisches Bild zu bieten? Durch das Hinzutreten eines leibhaftigen, von der Republik behaglich Pension schluckenden Generalleutnants a. D. -- Frage: Was für ein Bild bietet der Stahlhelm, wenn dieses notwendige und nützliche und von der Republik offenbar eigens zu diesem Zweck besoldete Ergänzungstück des „Schauspiels“ umständehalber einmal nicht dabei ist?

Uebrigens darf es keinen wundern, wenn der Stahlhelm demnächst von den Verehrern Wilhelms II. als unzulänglich beiseite geschoben wird; denn für eine richtig hohenzollerntreue Sippschaft ist immerhin das Bild des entschwebten Monarchen, wenn er mit energischer Geste das nicht ganz in Erfüllung gegangene Wort ausspricht: „Und nun wollen wir sie dreschen!“, noch erhabener als selbst das Spaziergehen eines pensionierten Generals an einer Heimkriegerfront zu den Klängen des Präsentiermarsches.

Schließlich: Was wird denn eigentlich bei diesem erhabenen Schauspiel präsentiert? Doch wohl kein Gewehr? Der durchaus friedliche und unpolitische Stahlhelm hat doch keine Waffen; was also sonst?

Aber es wird sich wohl kein Kundiger finden, der uns dieses Geheimnis verrät; wahrscheinlich ist es eins, dessen Kenntnis nur für den Mysterienkandidaten bestimmt ist und das dem profanen Auge des Zeitungslesers, selbst wenn es kräftig genug ist, Tag für Tag den „Hannoverschen Kurier“ zu lesen, nicht ausgesetzt werden darf. H. K. (H.)

Innenpolitik des Völkerbundes

Der politische Repräsentant Kroatiens, der pazifistische Bauernführer Raditsch, hat kürzlich in einer Rede eine so bedeutsame Anregung für die Ausgestaltung des Völkerbundesstatuts gegeben, daß man bedauern muß, daß Raditsch nicht die Möglichkeit hat, als Delegierter seines Landes seine Anregung in Genf in Form eines Antrags zu vertreten. Raditsch fordert die Einfügung einer Bestimmung in das Völkerbundesstatut, die den Völkerbund verpflichtet, mit seinen Machtmitteln einzugreifen, wenn eine demokratische Regierung, die Mitglied des Völkerbundes ist, durch eine Hot- oder Militärdiktatur auf illegalem Wege gestürzt wird. Dieser Vorschlag ist offenbar entstanden aus Befürchtungen, die Raditsch für den Be-



stand der soeben auf parlamentarischen Wege ans Ruder gelangten jugoslawischen Linksregierung Dawidowitsch hegt; er rührt jedoch an den wundesten Punkt des Völkerbundes in seiner jetzigen Gestalt.

Die größte Gefahrenquelle für das Funktionieren des Völkerbundes ist in der Tat die Möglichkeit, daß jederzeit durch Putsche oder Palastrevolutionen in seinen Mitgliedstaaten Elemente zur Herrschaft kommen können, die jede Völkerbundspolitik zufolge ihrer militaristischen und nationalistischen oder sonstiger reaktionären Tendenzen sabotieren würden. Besonders ein derartiger Umsturz in einem Lande, das im Völkerbundsrat vertreten ist, müßte zu unabsehbaren Konsequenzen führen.

Das ist kein Zufall! Demokratie ist eben nicht nur die historische Ursache, sondern auch die dauernde machtpolitische Voraussetzung des Völkerbundes. Schon jetzt können neben einer Mehrzahl demokratisch regierter Staaten einzelne diktatorisch geleitete Länder im Völkerbund nur mit Mühen und Aufregungen ertragen werden (man denke an den „Sprung“ Mussolinis nach Korfu!); sie wirken im Völkerbund ähnlich wie starke nationalistisch-kommunistische Minderheiten in den Parlamenten.

Aber ebenso wie jeder Verlust eines einzigen parlamentarischen Mandats an unentwegt verantwortungslose Oppositionen eine Schwächung der Staatsautorität bedeutet, so würde jeder Sturz einer demokratischen Regierung eine Minderung der Macht des Völkerbundes bewirken.

Natürlich kann und soll nicht etwa die Möglichkeit eines parlamentarischen Sieges der Extreme in allen Ländern verhindert werden. Solche legalen Umschichtungen tragen trotz ihrer momentanen Un erfreulichkeit die Möglichkeit ihrer Korrektur in sich. Das allgemeine Wahlrecht heilt wie der Speer des Achill die Wunden, die es schlug. Poincaré mußte seinen 11. Mai erleben, wie hoffentlich recht bald

auch unser Inflationsreichstag. Dagegen darf der Völkerbund, wenn er seine Machtpositionen nicht auf Flugsand bauen will, keinesfalls erlauben, daß durch Putsche die Stimme eines Volkes, die à la longue ja immer Frieden rufen wird, auf immer zum Schweigen verurteilt wird, ebenso wie die Reichsverfassung den Ländern, also z. B. Bayern, die Rückkehr zur Monarchie verbietet.

Raditschs Forderung bedeutet allerdings, dies ist zuzugeben, einen Eingriff in die Souveränität der Staaten, der aber durchaus nicht unerhört ist, da ja schon jetzt den besiegten Staaten Deutschland, Oesterreich und Ungarn die Restauration ihrer Dynastien von den Siegern untersagt worden ist. Das Neue an der Anregung von Raditsch ist lediglich, daß diese Beschränkung der Souveränität, die bisher nur als Diktat von Siegern über Besiegte existierte, durch den Mund eines führenden Politikers eines Siegerstaates als allgemein gültiger Grundsatz des staatlichen und überstaatlichen Lebens gefordert wird.

Die Verwirklichung dieses Grundsatzes, die keineswegs als utopisch angesehen werden darf, würde aus dem schemenhaften Völkerbund, der auch nach Durchsetzung des Mac Donaldschen Schiedsgerichtsplans nichts weiter wäre als ein Grenzpolizist, einen Staatenbund machen mit der Aufgabe, Hüter des internationalen demokratischen Rechtsgedankens zu sein.

Die auf den ersten Blick unscheinbare Anregung des jugoslawischen Staatsmannes bedeutet also bereits nichts mehr und nichts weniger als einen ersten Versuch, Innenpolitik der „Vereinigten Staaten der Welt“ zu machen.

Die Weltdemokratie würde beginnen. Die Befolgung ihrer Grundsätze in den einzelnen Ländern auf ähnliche Weise zu erzwingen, wie es die absolutistische Reaktion zur Zeit ihrer Vorherrschaft in heiligen Allianzen, Koalitionen usw. stets unbedenklich getan hat.

*Puttkamer*